

DEUTSCHE

# BÄCKER-ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I.

Erhebt jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäder u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Altengasse 12.

Postzeitungsliste Nr. 1787a.

**Hierzu eines Wortes.****Achtung! Bäckergesellen Deutschlands.**

In Frankfurt a. M. will die Bäckermeister-Genossenschaft den Gehilfen, entgegen den Abmachungen beim vorjährigen Streit, einen neuen Arbeitsnachweis aufstellen, über den die Gehilfen nichts mitzureden haben. Der bisher von unserem Verband gemeinsam geführte Arbeitsnachweis ist durch verschiedene Machinationen der Meister illusorisch gemacht worden.

Obgleich die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe in Frankfurt größer ist als in irgend einer anderen Stadt, sind noch Werbeapostel ausgesandt, um aus Süddeutschland junge Gehilfen nach Frankfurt zu locken, und scheint es, als wenn man darauf ausgeinge, den Gehilfen alle Errungenheiten vom Streit wieder illusorisch zu machen.

**Haltet deshalb den Zugang nach Frankfurt am Main fern!**

Der Verbandsvorstand.

**Achtung! Verbandsmitglieder!**

Die Unterzeichneter, Vorstand und Ausschuss des Verbandes, sehen sich veranlaßt, den Mitgliedern und Verwaltungen der Mitgliedschaften folgenden, gemeinsam gesuchten Beschluß zu unterbreiten:

Zur Deckung der Kosten des Verbandstage (nach dem Statut hat jetzt die Hauptklasse die Delegationskosten zu tragen), wie zur Stärkung des Streitkunds — denn auch für dieses Jahr stehen uns eine Anzahl Lohnbewegungen und Streiks bevor —, ferner um den Verbandsvorstand in die Lage zu versetzen, besonders angeichts der drohenden Verschlechterung des Maximalarbeitsstages die Agitation unter den uns noch fernstehenden Kollegen in intensiver Weise zu betreiben, sind im Februar und März pro Mitglied je 30 Pf. Extrasteuern zu erheben.

Dieselben werden im Mitgliedsbuch in den seitlich stehenden Rubriken für Streitbeiträge durch zwei Streitmarken à 30 Pf. quittiert.

Der Ertrag dieser Extrasteuern ist voll an die Hauptklasse abzuliefern. Einzelmitglieder der Hauptklasse haben bei Sendung der Beiträge für Februar und März je 30 Pf. nicht einzuschicken.

Die Mitgliedschaften haben den Ertrag dieser Marken auf den Abrechnungsformularen unter der Rubrik „An die Hauptklasse gehandt“ mit anzuführen. (Die Marken sind denselben Mitgliedschaften, welche nicht im Besitz von Streitmarken à 30 Pf. sind, bereits zugesandt.)

Aus dem Verbandstag in München war beschlossen, vierteljährlich 20 Pf. Extrasteuern zu erheben zur Deckung der Agitationsausgaben, Weisensunterhaltung und Delegation zum Verbandstage. (Da ahnte jedoch noch kein Delegirter, daß die Agitation solchen Umfang annehmen würde.)

Durch die Extrasteuern hat die Hauptklasse im letzten Jahre 2279,60 M. eingenommen, ausgedehnt wurden dagegen für Weisensunterstützung 1014.— M., für Agitation durch den Hauptvorstand 3642,61 M., für Agitation durch die Agitationskommission 2810.— M., zusammen 6966,61 M. Also dreimal soviel als für diese Zwecke eingenommen, ist dafür veransagt worden.

Infolge der Vergrößerung des Verbandes wird der nächste Verbandstag voraussichtlich von 45 Delegirten besucht sein und verursacht der Hauptklasse eine Ausgabe von 3200—3500 M. Um aber nach dem Verbandstag zu intensiver Agitation wie auch zu den voraussichtlich stattfindenden Lohnbewegungen gerüstet zu sein, darf die Hauptklasse nicht derartig geschwächt werden.

Verbandsmitglieder! Außergewöhnliche Leistungen werden jetzt von Euch verlangt, die Ihre Ursache in der Bedrohung des witzigen bischen Bäckerhandels haben, deshalb thue jedes Mitglied seine Pflicht.

Der Verbandsvorstand: **Der Ausschuss:**  
**O. Allmann, Vorsitzender. Heinz. Gähner, Vorsitzender.**

**Brotwucher-Politik.**

Es war am 24. Februar 1895, als der Kaiser auf dem Brandenburgischen Provinziallandtag zu der Agitation der Agrarier, die Getreidepreise zu erhöhen, folgendes erklärte: „Ich möchte aber dringend davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen . . . . Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden!“ Zu dem Freiherrn von Mantuffel äußerte der Kaiser bei dieser Gelegenheit: „Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Brotwucher treibe.“ Damals waren sich Bundesfürsten und Minister darüber einig, daß eine Erhöhung der Getreidepreise nur von den ärmeren Schichten der Bevölkerung am schwersten empfunden würde, gerade diese würden sich dieser Steuer am

allerwenigsten entziehen können. Selbst die Agrarier waren nach den Ausführungen des Grafen Kanitz die allerschärfsten Gegner der Getreidezölle überhaupt, dieser erklärte am 29. März 1895: „Der Schutzoll funktioniert nicht mehr . . . . Die festen Zollsätze haben ihre Berechtigung, wo es sich um die Steigerung des Preises von Waaren handelt, deren Angebot auf dem Weltmarkt keinen großen Schwankungen unterliegt . . . . Anders liegt es beim Getreide. Als der Getreidepreis 1890/91 auf 200 M. stieg, da war der Zoll überflüssig. Heute genügt der Zoll von 3,50 M. nicht. Dieser Mangel des festen Getreidezolls ist schon jetzt empfunden worden.“

Die Agrarier, die vor fünf Jahren von der Unzweckmäßigkeit der Getreidezölle überzeugt waren, erklären heute, ohne eine Getreidezollerhöhung nicht auskommen zu können, ja, noch mehr, sie üben auf die Regierung ein wahres Erpressungssystem aus, damit diese zur Durchführung dieses agrarischen Hungerzolles thätige Beihilfe leistet. Dass die Agrarier mit ihrer in geradezu prächtiger Weise geltend gemachten Forderungen einen Erfolg gehabt haben, beweist uns die Erklärung des Reichsanzlers im preußischen Abgeordnetenhaus. Die von ihm im Namen der Regierung abgegebene Erklärung lautete: „In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in welchem sich die Landwirtschaft befindet, und von dem Wunsche bestellt, die Lage derselben wirksam zu verbessern, ist die Königliche Staatsregierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollschutzes für die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken. Die Königliche Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltariffs in jeder Weise zu beschleunigen.“ Mit dieser Erklärung hätte dann der Reichsanzler die Brodwucher-Politik zur offiziellen Politik der Regierung erhoben.

Die unbescheidene Forderung der nothleidenden Agrarier verzerrt nach dem Bekennen einiger Häuptlinge dieser, vor der ökonomischen Entwicklung verschwindenden Gesellschaftsklasse darin, die Getreidezölle von 3,50 M. auf 8 M. zu erhöhen. Nach ihrer Berechnung würde sich der Brodwieberbrauch um 4,50 bis 6 M. pro Kopf der Bevölkerung vertheuern, das wäre also für eine Familie von 5 Köpfen eine jährliche Mehrausgabe von 30 M. In Wahrheit beträgt aber bei einem jährlichen Getreideverbrauch pro Kopf von 200 Kg. der Zolltribut pro Kopf 16 M. und daher für die Familie nicht 30 M., sondern 80 M. jährlich. Dafür müßte ein Arbeiter je nach den Verhältnissen 4—6 Wochen arbeiten. Durch die schon immer mehr zunehmende Vertheuerung aller Lebensmittel will man jetzt noch versuchen, das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, das Getreide, um 50 pSt. zu erhöhen, obgleich schon jetzt tausende Familien jähraus jährin am Hungertuch nagen. Dadurch würde eine noch größere Noth und Armut herbeigeführt, das hindert aber den „arbeiterfreundlichen“ Agrarier nicht, den Armen noch einen Theil ihres härtlichen Brotes vom Munde wegzustehlen, damit sie, die nothleidenden Großgrundbesitzer ein desto besseres Wohlleben führen können.

Gegenwärtig heißt die Parole im Lager der Brodwucher: „Erst die Hungerzölle, dann vielleicht den Kanal.“ In der Voraussicht, daß die Agrarier die Kanalvorlage bewilligen werden, versucht die Regierung, allen getreidezollerhöherischen Wünschen gerecht zu werden. Die Konservativen und das Zentrum haben schon offen kundig ihre Abneigung gegen die Kanalvorlage kund gegeben, und damit wäre wohl die Annahme der Vorlage in Frage gestellt. Wenn die Junker mit Hilfe der Regierung die Getreidezollerhöhung durchsetzen, so wird die Regierung sich durch ihre große Bereitwilligkeit keine große Freude bereitet haben, den vor Allem von den konservativen Parteien darauf hinarbeiteten, die Vorlage zu zerstückeln und womöglich noch länger hinauszuschieben suchen.

Die „Edelsten und Besten“ der Nation, die bei jeder Gelegenheit bereit sind, die Interessen ihrer Klasse in rücksichtsloser Art und Weise zur Ausführung zu dringen, die jetzt den Zeitpunkt gekommen seien, wo anlässlich des Ab-

lasses der Handelsverträge ein Beutezug auf die Taschen der ärmeren Klassen unternommen werden kann. Eine Klasse die weniger aus Rücksicht auf die Regierung, sondern vielmehr aus patriotischem Gefühl zu der Regierung steht, wenn diese auch von sich behaupten kann, daß der Staat ein Interesse daran hat, die Klasse der Junker zu erhalten, welche die Beamten zu die Verwaltung und Justiz, und für das Heer die Offiziere liefert, damit noch lange nicht dargethan ist, daß das Volk selbst durch die Bewilligung eines hohen Zolltributs zur Entwicklung dieser Klasse beitragen muß. Im Gegenteil, das Volk wäre froh, wenn das herrschende Junkerthum in Folge der ökonomischen Entwicklung verschwinden würde. Ein Arbeiter hat auch keine Ursache, durch das Eintreten für einen Zollschuh diese Klasse noch läufig zu erhalten, ihnen zu Liebesgaben zu verhelfen, wodurch das Einkommen der Junker um hunderte von Millionen gesteigert würde.

Immer wird von diesen Herren auf den Notstand der Landwirtschaft hingewiesen und hauptsächlich auf die schlechten Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung, ja, der Abgeordnete von Heydebrand drohte sogar mit einem Rebellenkrieg werden der Bauern für den Fall, daß den agrarischen Forderungen nicht genügt würde. Am 29. März 1895 äußerte der damalige Reichsanzler Fürst Hohenlohe bei der Bezeichnung des zweiten Antrages des Abg. Kanitz: „Dass die Betriebe bis 12 Hektar kein Getreide zu verkaufen haben, sondern meist noch Getreide kaufen müssen. Die 6 Gruppen (bis 12 Hektar) umfassen 4 Millionen Betriebe = 76 pSt. aller landwirtschaftlichen Betriebe. Rechnet man auf den Betrieb 3½ Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen (bei einer gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung von 19 Millionen), die von der Erhöhung der Getreidepreise keinen Vortheil, ja, mit relativ wenigen Ausnahmen, sogar einen direkten Nachtheil durch die Vertheuerung ihrer Lebenshaltung haben werden.“ Dass man trotz alledem behauptet, die kleinen Landwirthe würden auch Vortheil von den Getreidezöllen haben, läßt erkennen, mit welchen Argumenten man in dem schuhzöllerischen Lager arbeitet, die Thatsache läßt sich aber nicht hinweg leugnen, daß Millionen kleiner Landleute Getreide zukaufen, also selbst die erhöhten Preise mitbezahlen müssen.

Je größer die Leistungen von Kapital und Arbeit in der Produktion sich gestalten, desto zwingender ist die Notwendigkeit, den Weltmarkt zu erweitern, und deshalb ist der Kapitalismus in allen Ländern der modernen Kultur aus seinem eigenen Wesen heraus gezwingt, zur Expansion zu schreiten, die Erweiterung des Marktes ist eine Konsequenz der kapitalistischen Wirtschaft. Eine solche Entwicklung Widerstand leisten oder diese gar verzögern zu wollen, wäre gleichbedeutend mit der Verhinderung der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, denn die kapitalistische Gesellschaft kann nur auf dem Wege ihrer völligen Ausgestaltung auf den Punkt gelangen, wo sie sich selbst überwindet. Deshalb vereitelt auch die Partei, der die große W. S. H. oder Klassen, den Arbeitern angehören, den Freihandel. Die Sozialdemokratie hat noch niemals etwas dagegen gehabt, daß der Kapitalismus darauf bedacht ist, die ganze Erdkugel seinem Shirm zu unterwerfen, sich zur vollständigen Internationalität zu entwickeln. Wir heißen nur nicht jedes Mittel gut, das in Anwendung kommt; wir verurtheilen das barbarische Unrecht der kriegerischen Weltmachtspolitik.

Wenn in Deutschland die Großgrundbesitzer und ein überwiegender Theil der Industriellen, sowie einige landwirtschaftliche und gewerbliche Kartelle, unter nicht zu vertreffender Begünstigung der Regierung eine Schutzpolitis anstreben, die unter Umständen den deutschen Arbeitsmarkt von der Weltwirtschaft ganz abschließen könnte, so liegt es im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, gegen eine solche Politik Front zu machen, denn diese bezweckt nur durch hohe Schuhzölle, den inneren Markt gegen das Ausland abzuschließen, um so ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes den inneren Markt, den Interessen der Aus-

saugung preis zu geben. Da die deutsche Einfuhr zu vier Dritteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, verheert diese Schutzzollpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die dem konkurrierenden Auslande gegenüber schon so wie so schlechter gestellt ist, denn in Amerika und England sind die Löhne viel höher wie in Deutschland.

Die Folgen der agrarischen Hebe und ihrer Unersättlichkeit werden Repressalien auf zollpolitischem Gebiete sein. Der Zollkrieg wird eröffnet werden, und was dieses für Deutschland als höchstwiderstehender Industriestaat zu bedeuten hat, erhebt schon daraus, daß Amerika und Russland eine Versöhnung über die Getreideversorgung der europäischen Märkte herzuführen suchen. Eine Art Getreide syndikat würde dann in sicherer Aussicht, welches dann die Preise nach Belieben festsetzen könnte. Nicht das Ausland, nein Deutschland, ist auf das Ausland angewiesen.

Durch einen Zollkrieg würde die Stellung der deutschen Produktion auf den Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und einer gut gelohnten Arbeiterchaft dauernd seinen Platz behaupten kann, von sehr großem Nachteil sein, insbesondere dem Streben der Arbeiter für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, denn es wird doch keiner im Grasfe fechten wollen, daß die Einführung höherer Löhne einen Vorteil für den Arbeiter bedeuten. In Gegenseitigkeit, es werden die Arbeiter als Konsumenten in der schamlosen Weise durch die Hochschüppelner ausgeplündert, während sie als Produzenten nichts gewinnen, es würde doch keinen Unternehmer einfallen, durch die Erhöhung der Baumwollepreise auch höhere Löhne zu zahlen. Die englischen Arbeiter haben bei Freihandel und gutem Kooperationsrecht gute Löhne, dieses zu erreichen, muß eine Hauptaufgabe des deutschen Arbeiters sein, während die politische Partei der Arbeiter im weitesten Sinne das Kooperationsrecht auszugsstellen bestrebt sein muß, dann werden wir die Macht in Händen haben, den Gelüsten einiger bevorzugten Klassen, welche sich durch ihre Vorteile dazu verführen fühlen, die Massen auszuländern, einer solchen Reichsherrschaft die fatale Abweisung zu Theil werden zu lassen. Schon erheben sich in allen Gauen Deutschlands die schärfsten Proteste und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung wäre es zu wünschen, wenn dieser Verteilung der Kapitalmagnaten verhindert würde.

#### Die Vortheile eines Industrieverbandes für die Nahrung- und Genussmittel-Industrie.

Eine in den Zentralhallen zu Nürnberg tagende allgemeine Versammlung aller in der Nahrung- und Genussmittel-Industrie beschäftigten Personen, in welcher Arbeitsschreiter Dorn obiges Thema behandelte, war vorzüglich behandelt. Der Vorsitzende theilte nach Eröffnung der Versammlung mit, daß in der am Sonntags, den 6. Januar, im gleichen Saale abgehaltenen Bäcker-, Müller- und Lebküchner-Versammlung die Frage angezeigt wurde, ob es nicht thunlich sei, die Schaffung eines Industrieverbandes ins Auge zu fassen. Es wurde beschlossen, der Sache näher zu treten und die Vorsitzenden der Bäcker-, Brauer-, Müller-, Konditoren- und Lebküchner-Organisationen beauftragt, die nötigen Schritte zu thun, um die Vorbereitungen zur Schaffung eines Industrieverbandes in die Wege zu leiten. In einer am 10. Januar stattgefundenen gemeinsamen Verwaltungssitzung aller angeführten Branchen wurde eine neu gegründete Kommission gewählt, welche die Einberufung einer allgemeinen Versammlung und die Bevorzugung eines geeigneten Referenten zu bewilligen hatte. Dieselbe bestimmten den heutigen Tag und erfuhrte Herrn Arbeitsschreiter Dorn, daß Referat zu übernehmen, was dieselbe auch bereitwilligthat. Der Vorsitzende erheitet Johann Herrn Arbeitsschreiter Dorn das Wort.

Dieselbe steht voran, daß es wohl nicht nötig sei, in einer Versammlung, welche größtentheils aus organisierten Arbeitern besteht, über den Zweck und Nutzen der Organisation zu sprechen, sondern es werde versucht, Nutznießen, welche Organisation Form unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Arbeiter die vortheilhafteste sei. R. dient greift zurück auf die Gründung der lokalen Fachorganisationen und schildert eingehend die Vortheile für die Arbeiter zu jener Zeit, da ihnen die Unternehmer einzeln gegenüberstanden. Als aber dieselben begannen, sich zusammen zu schließen, sah man ein, daß die lokale Organisation dem geistigen Unternehmertum gegenüber obrückig sei. Dies führte zur Schaffung der Zentralverbände, die selben entwickele sich ziemlich schnell trog zahlreicher Gegner, so daß die lokalen Organisationen kaum noch in Betracht kommen. Glaubte man mit der Gründung der Zentralorganisationen die endgültige Organisation erreicht gefunden zu haben, so belehrten uns die Unternehmerverbände eines Anderen, deren Trusts und Kartelle erfreuen sich nicht nur über ganz Teutschland, sondern verschiedene Trusts und Syndikate sind international und umfassen alle Kulturstäaten, so daß verschiedene Gewerkschaftsführer die Gründung von Industrieverbanden empfahlen. Aber nicht nur diese Umstände sprachen für die Gründung von Industrieverbanden, sondern die Verhältnisse in den einzelnen Zentralisationen selbst drängten dazu.

Diese Umstände gaben zunächst den Metall- und Hüttenarbeiter-Versammlung, Industrieverbände zu gründen. Arbeitsschreiter schildert eingehend die Besichtigungen, welche bei der Gründung dieser Verbände ins Feld geführt wurden. Die lateinische Annahme der Mitgliederzahl beweist, daß alle Besichtigungen unguttenend waren.

Anfangs eines solchen eindrucksvollen Resultats empfahl Redner, für die Nahrung- und Genussmittel-Industrie und zwar zunächst für die Bäcker, Brauer, Konditoren, Lebküchner und Müller einen Industrieverband zu gründen. Einmal schon wurde der Versuch gemacht, der jedoch misslang. Wie notwendig für die Nahrungsmittel-Industrie die Gründung eines solchen Verbandes ist, durften ja geringe Zahlen beweisen: die Brauer hatten in Jahren 1879/80 421 Mitglieder, Bäcker 255 Mitglieder, Müller 174 Mitglieder, Konditoren 61 Mitglieder, zusammen 1122 Mitglieder. Prozentual sind organisiert die Brauer mit 13,6 vgt., Konditoren mit 4,8 vgt., Bäcker mit 4,1 vgt., Müller mit 2,3 vgt.

Das Zentralorganisationen mit solchen geringen Mitgliedzahlen den Widerstand nicht imponieren, dürfte klar sein. Angesichts dieser Thatsachen ist es die Pflicht der Arbeiter auch der Nahrungsmittel-Industrie, sich zu einem großen Industrieverband zusammenzuschließen, um ihre Kräfte und Geldmittel zu konzentrieren.

Der Referent schließt seinen vorangegangenen Vortrag und erwähnt, eine Kommission zu wählen, welche die wichtigen Berichte in den Zeitungen und dem Fachorgan zu bearbeiten hat. In der hierauf sich entwickelnden lebhaften Diskussion ergriff zunächst Wiegels (Brauer) das Wort. Wiegels erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und so sympathisch war die Gründung eines Industrieverbandes sei, so plauderte er, daß die Frage nicht genügend ventilirt sei. „Es ist auch Bedenken bestreß der Aktionsrat.“ Industrieverbandes, glaubt auch, daß durch die Erreichbarkeit der Berufszweige und deren Gegenwart die Agitation erschwert sei und befürchtet, daß Versammlungen nicht abgehalten werden können, da die Bäcker Rechts nicht abkommen könnten.

Auch der nächste Redner sprach im Sinne des Vortredners. Die hierauf folgenden Roden, Lämmermann (Konditor), Rummel (Müller), Wingitzel, Leithner und Fred (Brauer) und Sonner (Bäcker) erklären sich sämmtlich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und treten kräftig für Schaffung eines Industrieverbandes ein. In seinem Schluswort widerlegt der Referent die Besichtigungen und Beweise des Herrn Wiegels und erachtet die Anwesenden, kräftig zu agitieren, daß die notwendige Schaffung eines Industrieverbandes in absehbarer Zeit erreicht werde.

Der Vorsitzende verliest hierauf folgende eingelaufene Resolution, welche einstimmige Annahme fand:

„Die heute am 3. Februar 1901 in den Zentralhallen tagende allgemeine Versammlung der Brauer, Bäcker, Konditoren, Lebküchner und Müller erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Weise fortgeschritten ist, daß der Zusammenschluß aller innerhalb eines bestimmten Industries seines Landes verhandelnden Berufsorganisationen eine dringende Notwendigkeit ist. Ferner erklärt dieselbe, daß in den jetzt bestehenden einzelnen Berufsorganisationen die Kräfte vereinigt sind und nicht in der Weise ausgenutzt werden können, wie es im Interesse der Arbeiter dem sich immer mehr konzentrierenden Kapital gegenüber notwendig ist. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß durch die Vereinigung der Zentralorganisationen der Brauer, Bäcker, Konditoren, Lebküchner und Müller zu einem Industrieverband die Verwaltungskosten sowie die Kosten der Fachzeitung vermindert, letztere an Umfang und Inhalt erweitert werden könnte. Die Versammlung beauftragt daher eine aus neun Personen bestehende Kommission, die aus den vier zunächst beteiligten Berufen gewählt wird, diese Resolution, sowie einen Bericht über die heutige Versammlung an die Fachzeitungen der beteiligten Berufe, sowie an einige Arbeiter-Tagesblätter zu senden. Außerdem soll dieselbe den beteiligten Zentralvorsitzenden zugestellt und, soweit in nächster Zeit Verbandsstage stattfinden, von denselben der Punkt: Gründung eines Industrieverbandes“ mit einem Referenten und Korreferenten auf die Tagesordnung gelegt werden.“

Der Vorsitzende schlägt vor, die bereits bestehende Kommission, welche die vorbereitenden Arbeiten erledigt hat, mit den in der Resolution niedergelegten Arbeiten zu betrauen, was angenommen wurde. Die Kommission besteht aus: Schödelben und Hermann Becker, Leithner, Grüner und Gabres-Brauer, Haubensich Konditor, Uhl-Lebküchner, Rummel und Bellhäuser-Müller. Der Vorsitzende schließt hierauf die vorzüglich verlaufene Versammlung.

(Anm. der Red.) Die Nürnberger dürfen der Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder, noch weniger aber wohl den zum nächsten Verbandsstag zu entsendenden Delegierten, keine große Freude bereitet haben, daß sie jetzt, 2 Monate vor dem Verbandsstage noch eine Frage von so außerordentlicher Bedeutung aufrollen, und damit die schon überaus reichliche Tagesordnung unserer Generalversammlung um einen weiteren wichtigen Punkt bepacken wollen, denn sollte dieser Punkt eingehend in Mainz behandelt werden, so würde er allein einen Tag Zeit beanspruchen, da sich jedesfalls eine große Anzahl der Delegierten dagegen wenden. Wenn man in Nürnberg die Gründung eines jüdischen Industrie Arbeiterverbandes für so zöthwendig hält, so könnte man schon etwas früher daran gedacht haben, denn man würde dort bereits im Dezember v. J. wann die Verbandsstage unseres und des Müller-Verbandes stattfinden.

Ob die Frage der Verschmelzung heute mehr Aussicht auf Annahme auf unserem Verbandsstage in Mainz hat als 1897 in Gera, wo diese Frage scheiterte, wagen wir heute noch nicht zu sagen, das eine steht aber fest, daß sich in den zu Betracht gezogenen 4 Organisationen in Bezug auf innere Einrichtung heute bedeutend mehr Schwierigkeiten in den Weg stellen würden als bei den drei in Betracht kommenden Organisationen im Jahre 1897, die Brauer haben monatlich 120 M. Beitrag, dagegen ausgedehnte Unterstützungsweisen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und auf der Reise, desgleichen die Konditoren bei 20 Pfg. Wochenbeitrag, während die Müller und Bäcker bei 20 Pfg. Wochenbeitrag (bei uns nur in der Form von 80 Pfg. Monatsbeitrag und 20 Pfg. Quartals-Extrabeiträge erheben) außer Reiseunterstützung noch gar keine der vorgenannten Unterstützungsweisen eingeführt haben und man heute noch nicht weiß, was die Verbandsstage beider Verbände nach dieser Richtung beschließen werden.

Allen die Kollegen in Nürnberg jedoch nur wünschen, jedem der vier Verbände Kommissionen ernannt zu werden, welche eine eventuelle Verschmelzung der Verbände nach einem Jahre oder nach zwei Jahren durch Versammlung oder die dann folgenden Verbandsstage entscheiden, so ließe sich die Sache ja auf unserem jetzt folgenden Verbandsstage bedeutend schneller erledigen. Es müßte wohl vor allen Dingen nicht, wie sie sagten, die Gründung eines sozialen Verbandes vorbereitet werden, es ist nach der Diskussion und Beschlusssitzung über die Arbeitslosenunterstützung und falls dieselbe abgelehnt wird, der trotzdem unbedingt nötig werdenden Beitrags erhöhung erörtert werden.

schen im Jahre 1899 die Annahme mit einer gänzlich neuen Wahlordnung, deren Bekanntmachung unter Abschluß der Delegierten erfolgte, den organisierten Gesellen das Wahlgremium erheblich, so hatte sie für diesmal das Wahlreglement noch komplizierter gestaltet. Erst zwei Tage vor der Wahl wurden die Wählerlisten aufgelegt, welche geradezu grobartig in ihrer Unvollständigkeit waren. Alle diejenigen Gesellen, welche länger wie zwei Jahre bei ihrem Arbeitgeber in Arbeit standen, und nicht Mitglieder der Innungsklasse waren, standen in den Wählerlisten nicht verzeichnet. In Folge dessen mußte mancher Geselle, dem es bei der Kurze der Zeit des Aufzuges der Listen nicht möglich gewesen diejenigen einzusehen, am Wahlgremium unverrichteter Sache wieder abziehen, da er in den Listen nicht verzeichnet war. Die Wahlhandlung selbst wurde von einer Wahlkommission unter Vorsitz des Herrn Bäckermeisters E. Heuer freien unparteiisch geleitet. Von den organisierten Gesellen waren zu Kandidaten normirt: die Kollegen Thiel, Gebhart und Gick für den Ausschuß, und P. Meyer, F. Meyer, Brandes, Mahler und Zimmermann als Erwählte. Kandidaten der Brüderlichkeit waren Danze, Ohm, Billman, Dabelstein, Blauchert und Neuschel. Trotzdem nun mit einemmal die Mitglieder des Vereins der Bäckermeisterschule entdeckt hatten, daß auch Sie Gesellen sind und in Folge dessen zum großen Theil zur Wahlurne schritten, vermochten es die Kandidaten der genannten Normen Ausschüsse, nur auf 02 Stimmen zu bringen, während die Liste des Verbandes 20 gültige Stimmen erhielt. Da nur volljährige Gesellen wahlberechtigt waren und daher dem die Arbeiter der Großbetriebe, welche sämmtlich Mitglieder des Verbandes, von der Wahl ausgeschlossen waren, hat das Ergebnis der Wahl den klarsten Beweis geliefert, daß die Sympathie aller einsichtigen Gesellen dem Verband gehörte, während die jungen unerfahrenen Kollegen zur Fahne der Brüderlichkeit halten.

Zu Posen scheinen in unserem Berufe in der Arbeitsvermittlung wie in der Beworbringung der Gesellen durch die Meister noch allerliebst Zustände zu herrschen, wie und dies in einem Schreiben von dort berichtet wird. Darnach soll das „Schmieren“ des Sprechmeisters noch in ausgedehntem Maße der Fall sein und wer eine gute Stelle haben will muß 3 bis 10 M. dafür bringen lassen.

Wie uns weiter berichtet wird, wäre das Lokal für Arbeitsvermittlung zu klein, doch sich ein Meister in deren Versammlung darüber ausdrückte: „In welchen Ochsenstall sind wir hier hineingesperrt worden.“ Alle die Schmuggler aus den Bäckereien und schlechte Behandlung der Gesellen wie die vielen Liebertratungen der Bundesrathäverordnung hier aufzuführen, wie diese uns geschildert werden, würde zu weit gehen. Es wird oben in jenem Bäckerei-Gebäude des Ostens nicht eher besser werden, als bis sich unsere brüderlichen Kollegen energetisch aufzuraffen und sich dem Verband anschließen! So lange sie dieses nicht thun, nützt ihnen auch ihre Unzuständigkeit, welche sich in den drastischen Ausdrücken gegen ihre Ausbeutung Lust macht nichts. Nur durch Selbsthilfe in der Organisation ist eine Besserung ihrer elenden Lage möglich!

Die Geselleuschlafzubau sind in letzter Zeit in Berlin, wie die „Bäcker Bdg.“ zu melden weiß, von einer Eisbahn komplett abgeschnitten und Weitbachen der Gesellen im Werthe von 500 M. mitgehen will. Allzu kostbare Arbeit werden da die Langfinger wohl nicht gehabt haben, wenn in der betr. Bäckerei auch solche Küstenschränke und Schlafräume existieren, wie sie bei Gelegenheit der Statistischen Aufnahmen gefunden wurden. „Gelegenheit macht Diebe“. — Das ganze Ereignis zeigt uns wieder das Logikwesen beim Meister in den abscheulichsten Farben. Nicht genug damit, daß die Gesellen mit jedem Koch, daß man ihnen zuweist, aufzudenken haben, haben sie obendrein noch dabei die Abschläge mit in den Kasten zu nehmen, daß ihnen ihre wenigen Habeseligkeiten noch gestohlen werden.

„Die Berliner Bäckerzeitung“ verzapft in ihrer letzten Nummer eine Portion salomonischer Weisheit, indem sie dem Reichstagabg. A. Bebel, der nichts von der Bäckerei versteht, vorwirkt, daß er den Eltern und Bäckern und Müttern das Leben eines Bäckers als so schwere und gefährliche Ausbeutungsbürokratie findet. Hätte der Abg. Bebel jemals eine Bäckerei von innen gesehen, so könnte er nicht gesunde, kräftige Knaben von der Erziehung eines Gewerbes zurückhalten, daß unter den heutigen Zeitverhältnissen noch am ersten dem strebsamen, fleißigen und sparsamen jungen Manne zu baldiger Selbständigkeit führt. Um dem Bilde, was den behäbigen Bäckermeistern von den Abg. Bebel da vorgemacht wird, die richtige Stimmung zu geben, wird gefragt, ob sie die Drechslererei schon längst an den Nagel gehängt vielleicht unten den „Arbeitern“ zu zeigen, daß man auch ohne Arbeit durch die Welt kommt, wenn erst der sozialdemokratische Zukunftstaat eingeschürt wird. Wer von den beiden, dem Abg. A. Bebel und dem Redakteur der „Bäckerzeitung“, am meisten an produktiver Arbeit leistet, steht für uns fest und wir zu wir auch, was wir von derartigen gehässigen Angriffen zu halten haben.

Den Nürnberger „Sachsen“ Bäckermeister in Sachsenburg, die amtliche Revision der Bäckerei- und Brodhandlungen im vergangenen Jahre hat 61 Beanstandungen der Reinlichkeit der Verkaufsräume ergeben. Die Reinlichkeit der Bäckerei und Fleckställe liegt 81 Mal sehr zu wünschen übrig. Die sonstigen Geschirre waren 19 Mal nicht von entsprechender Reinlichkeit. Wichtiger ist die „Reinlichkeit“ war, läßt der seiner Zeit von uns veröffentlichte Koch erkennen, da die Frau Bäckermeisterin die schmutzigen Kinderwindeln im Badegeschirr reinigte. Der magistratische Referent nannte das „Schweinefett“. Nicht sehr appetitlich ist auch die Feststellung, daß 63 Mal ansteckende Krankheiten, insbesondere die Kräze, in den Bäckereibetrieben angetroffen wurde. Mit dem Gewicht des Brodes will es trotz der hohen Brodkrisse noch immer nicht stimmen. In 116 Fällen waren die Erzeugnisse der Bäckerei gar zu „ziertlich“ geraten. Die Waschsalen funktionierten 57 Mal nicht so, wie es sich und Publikum verlangten. Die Schlafräume entsprachen 17 Mal den gesetzlichen Vorschriften nicht. Auch mit der Beachtung der Bundesrathäverordnung über die Ruhezeit der Arbeiter nehmen es die Bäckermeister über die Ruhezeit der Arbeiter nicht sehr genau. Sieben Mal mußte die Polizei den Arbeitern Ruhe verschaffen usw. Wohl um dem Bäckermeisterverei und seinem Schildknappen, dem „Fünf. Kürier“, eine Freizeit zu bereiten, bestimmt der Polizeipräfekt, diese Statistik im Anmarsch zu veröffentlichen. Die Herren haben also

#### Gewerkschaftliches.

Hamburg. Am 7. und 8. Februar, fanden auf Grund des Statuts der Bäcker-Innung (zwangs Innung), die Erneuerungswahlen zum Gesellen Ausschuß statt. Wurde

Gelegenheit, ihr Lobstet auf ihre „Steinkette“ amtlich bestätigt zu sehen. Wohl kommt! Zu Nr. 52 d. Bl. wurde eine Notiz über einen Schwabacher Kollegen veröffentlicht, welche, nachdem sich der Sachverhalt durch Ausklärung wesentlich anders darstellt, hiermit widersehen ist.

Mus. Vina. Ghe ich da gestern ganz gemüthslich in der Buchstube und studirte die neueste Nummer des „Piraten-Anzeiger“, welche mir zufällig in die Hände gerathen ist. Es ist dies ein erzreaktionäres Blatt. Einen Blick werfe ich auch auf die Annoncen. Da goss Tanzmusiken und sonstige Vergnügungen, ausverkäufe, Geldgeschenke usw. Auf einmal fällt mein Auge auf eine seitgedruckte Ueberschrift: 20 M. Belohnung. Sapperamt, bent ich, was ist denn da los? Hat vielleicht einer seine wohlgespielte Brieftasche verloren, oder ist ein wertvoller Hund abhauen gesessen, oder wird ein Einbrecher oder gar ein kleiner Raubüber gesucht? Ich lese mit grösstem Interesse — aber nichts von Alledem, denn die Annonce besagt, daß 20 M. Belohnung sich Verdiensten kann, der einem Dresdenner Bädermeister zuteilt einer — — großen Zughund, glaubst Du vielleicht, lieber Leser, na, da bist Du aber ganz gehörig auf dem Holzweg — nein — einen Bäderlehring. Also der reine Sklavenhandel! Welchen Nutzen mag sich der betreffende Bädermeister von diesem armen Opfer von Lehrling versprechen, wenn er sich die bloße Zuweisung eines solchen schon ein ansehnliches Stümchen löst. Man sieht auch hier wieder, daß von Seiten der Innungsmeister nichts unversucht gelassen wird, um willige und billige Arbeitskräfte zu erlangen. Möge auch unsere Organisation nichts unversucht lassen, um diesem schamlosen Treiben entgegenzutreten und möge jeder Einzelne das, was in unserer Zeitung über die Lehrlingsfrage gesagt ist, beherzigen.

Vrämiung, jedoch nicht von Pferden, Rindviech, Hunden oder sonstigen nützlichen Haustieren, die sich durch fabellosen Körperbau oder sonstige Vortheile auszeichnen, wurde hier vorgenommen und eingerichtet, sondern hier handelt es sich um Auszeichnungen von Bädergesellen. Die Genossenschaft beschloß nämlich, jedem Gehilfen, der 5 Jahre ununterbrochen in einem Geschäft thätig ist, mit einer silbernen Medaille auszuzeichnen und bei 10 jähriger Thätigkeit im Geschäft mit einem goldenen Ring zu beschaffen. Vierzig bereits 2, erstere 1 zur Vertheilung. Hoffentlich zeitigt das solvante Vorgehen der hiesigen Genossenschaft auch die erwünschten Früchte für dieselbe, denn nun werden sich genug so treue Schäfchen finden, die auf einer Weise ausarten werden, auch wenn dieselbe nicht so selt ist, bis sie von ihrem Hirten bekört werden.

Das Muster eines zu Frieden Gehilfen ist wohl ein Herr G. in Bayreuth. Den selben wollte ein Meister einstellen, erklärte ihm aber, nur 6 M. pro Woche Lohn zahlt zu können, worauf der bescheidene Gehilfe erwiderte: „So viel will ich nicht haben, mit 5 M. komme ich aus“. Einem ihm bekannten Kollegen gegenüber ließ sich der Meister nach einiger Zeit dahin aus, daß er dieses Muster der Bescheidenheit schon lange entlassen habe, weil er nichts könne, doch wäre derselbe unermüdlich in seiner Arbeit und bei jeder Tageszeit zu jeder verlangten Arbeit bereit. Dieser Mustergeselle selbst äußerte sich auf die Vorhaltungen seines Kollegen gegenüber, daß er selbst bald Meister werden wolle und nicht selbst die Löhne höher treiben will, welche er dann auch bezahlen müsse. Aus den gleichen Gründen läßt er sich auch nicht in den Verband aufnehmen. — Wie empfehlen diesen Mustergesellen der Annun. zur baldigen Prämierung, denn solcher Mensch muß ausgezeichnet werden, damit er wenigstens von jedem unter den Unzufriedenen nicht herauszukennen ist!

Soeben ist eine 24 Seiten starke Deutschrifft des Parteivorstandes über den „Leipziger Buchdrucker-Kreis“ als Beilage von Nr. 27 des „Vorwärts“ erschienen, in der alle Ereignisse seit Ausbruch der Differenzen unter Beifügung der in dieser Angelegenheit gewechselten Korrespondenzen wiedergegeben werden. Besonderes Gewicht legt der Parteivorstand auf den Umstand, daß der am Streit beteiligte Gen. Bogenh., der aus freien Studien am 22. November nach Berlin kam, um in leichter Stunde vor Ablauf der Kündigung der beiden Verbandsseiter den Parteivorstand zur Intervention zu veranlassen, einem von leichterem erhaltenen Auftrag an die Druckereileitung, der einen Ausschub der Entscheidung um acht Tage verlangte, nicht ausführte, nicht zu, ein Urteil über den Anlaß der Trennung im Buchdruckerkreis abzugeben; wohlb aber möchten wir in Interesse aller Beteiligten und der gesammten im Klassenkampfe stehenden Arbeiterschaft den dringenden Wunsch aussprechen, daß diese Spaltung recht bald aus der Welt geschafft werde. Was aber für Buchdrucker gilt, gilt nicht minder für alle anderen Berufsorganisationen der Arbeiter. Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrichterhaltung kleiner, widerstandsunsicherer Lokalorganisationen, sind Krebszähne in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die je eher je lieber aus der Welt geschafft werden sollten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in ihren Beschlüssen und auf ihren Kongressen sich stets für die Organisation in großen, zentralen Verbänden ausgesprochen. Heute, wo das Koalitionsverbot sondern nach seiner Rückkehr nach Leipzig das bekannte Plakat (vom 23. November) leken und anschlagen ließ. Bogenh. habe erklärt, daß er bei seiner Rückkehr die Erklärung der Duiderei in der „Leipz. Volkszeit.“ vorfand, durch welche er gereizt sei und den Glauben an jede Verständigung verloren habe. Wir bezweifeln zwar, ob der Ausschub von 8 Tagen den Glarissen der Leipziger Parteileiter rascher gebraucht hätte, als der über ihre Haupter sich zusammenziehende Streitstand. Indes kann der Vertrauensbruch des Bogenh. der Streitleitung nur dann zur Last fallen, wenn diese von keiner Weise und dem in Berlin erhaltenen Auftrag gewußt und des leichten Ausführung hintertrieben hätte, wofür in der Deutschrifft jeder Nachweis fehlt. So bleibt dieser letzte Vermittelungsversuch ein privates Unternehmen des Bogenh., für dessen Scheitern die Auslandsleiter keine Verantwortung tragen. Ausdrücklich bestätigt auch die Deutschrifft: Hierne wollen wir hervorheben, daß von Seiten des Verbandsvorstandes gegenüber allen Bemühungen, eine Verständigung herzustellen, im bereitwilligster Weise Entgegenkommen gezeigt wurde. Die Deutschrifft zeichnet zum Schluss als einen der Gründe des Zweites die Thatzache, daß in Leipzig den beiden Theilen das Verständnis für ihre beiden seitiges, auf gleichen Klasseninteressen beruhendes Verhältnis verloren gegangen sei. Der zweite Grund liegt jedoch in der die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Absonderung oder Ausschließung kleiner Gruppen aus den großen zentralistischen Gewerkschaften. Es heißt darüber: „Es kommt uns hier für politische Vereine gefallen ist, liegt für lokale Sonderorganisationen kein besonderer Grund mehr vor. Bekannte Verhältnisse lassen sich auch in den Zentralorganisationen durch Verträge regeln und berücksichtigen. Hört mir der Sonderbündnis! Das nach die Losung der Klassenbewerben

Arbeiterschaft als Ergebnis der Lehren aus dem Leipziger Konflikt sein.“ Das ist ein vernichtendes Urtheil gegen die Sonderbündler aus dem Munde der berufenden Instanz, das dem Gebahren jener sich als „Sozialdemokraten ersten Glücks“ geriebenden Zersplitterter der Arbeiterbewegung ein für alle Mal den Boden entzieht, und um so wertvoller, als es sich in richtiger Erkenntniß der Folgen dieser Bestrebungen gegen die Sonderorganisationen ohne Ausnahme röhrt. In dieser Erkenntniß und Erklärung liegt wenigstens ein versöhnendes Moment beim Abschluß des die Arbeiterbewegung schädigenden Leipziger Konfliktes. Möge diese Erkenntniß auch in den Reihen Dezer aufdämmern, die bisher durch Absonderung von den beruflich anerkannten Zentralverbänden die Sache der Gewerkschaftsbewegung geschädigt haben zum Vortheile des Unternehmertums.

(Correspondenzbl. d. General.)

Der Einfluß der Bädervereordnung auf unsere Bädergesellen wird in Nr. 7 der „Bäder-Zeitung“ von Einen, welcher Bescheid weiß, geschildert. Den österreichen Stellenwechsel nennt er leichtsinnig, durch Nichts motiviert. Das ist denn doch der Gipfel der Unverschreitlichkeit; es wird damit ausgeschlossen, daß die Bädergesellen verpflichtet sind, sich von ihren Ausbeutern täglich nach Gutdünken auspowern zu lassen. Dann giebt er seine „Erfahrungen“, die er aus seinen Beobachtungen gezogen haben will, zum Besten. Natürlich sind bei allen Fällen die Gesellen das Kornidell; der Meister, der bei den angezogenen Beispielern nach unserer Meinung im Interesse seines Geschäfts hätte mit einspringen müssen, ist frei von jedem Vorwurf. Am Schlusse zieht er folgendes Fazit: „Doch durch den Einfluß der Verordnung die Arbeits- resp. Leistungsfähigkeit der Gesellen bedeutend herabgesunken ist, daß das familiäre harmonische Verhältnis zwischen Meister und Geschülken zerstört, die Gelegenheit, vorwärts zu kommen, für den Meister bedeutend erschwert, für den Gesellen, sich auch einmal selbstständig zu machen, fast unmöglich geworden ist, daß besonders für viele kleine Meister die Verordnung existenzbedeckend schon geworfen ist und noch immer mehr werden wird, daß die Disziplin-Ordnung untergraben, die Denunziationswut erzogen, ein arbeitsunwilliger, unzufriedener Geist in die Gesellschaft eingezogen ist.“ Es sind immer dieselben Schlüsse, die die Herren ziehen, aber bis jetzt noch nicht bewiesen haben. Die Beurtheilung derselben überlassen wir dem gesunden Sinn unserer Leser.

Die Bädermeister und die Hausbesitzer trauern. Das ist die Folge der neuen Bädervereordnung wie der Hausbesitzerverein „Süden“ am Mittwoch in seiner Versammlung festzustellen beliebte. Wie der Obermeister der Bäderinnung, Gemeinhardt, den Hausbesitzern darlegte, entsprechend 10 Proz. ihrer Kellersöcher, die sie zu Bäderreien vermietet haben, nicht den neuen Vorschriften der Bädervereordnung, und da eine Umländerung kaum möglich ist, so müßten die Räumlichkeiten nach Ablauf der Ratenzeit geschlossen werden. Wenn das der Fall ist, und wie haben keinen Grund davon zu zweifeln, dann hätte der Obermeister der Bäderinnung nur den Beweis geliefert, daß die vom Verband der Bädergesellen veranlaßte statistische Aufnahme über die Zustände in den Bäderreien, eher zu rosig als zu schwatz die Lage schilderte. Denn wenn nur 10 p.ß. der Bäderreien den beschriebenen Ansprüchen der neuen Verordnung entsprechen, dann ist damit nur bestätigt, daß gerade unerhebliche Zustände in den Bäderreien herrschen, und nicht nur im Interesse der Bädergesellen, sondern auch der Konsumenten möglichst schnell mit diesen Schmuggelschören aufgeräumt werden muß. Wir wollen gern glauben, daß diese Räume von den Herren Hauswirthen zu anderen Zwecken überhaupt nicht vermietet werden können, aber uns erschüttert diese Klage nicht, wie denn überhaupt der Bevölkerung ein liebes Mitgefühl empfinden für die Hauswirthsinteressen abhanden gekommen ist.

Wie berichtet Bäder als Gündenbod. Unter dieser Spalte bringt die „Bäder-Zeitung“ in Nr. 7 einen Artikel der „Brennerei-Zeitung“, in welchem über die kugeligen Fortschritte einzelner Gewerbe einige Worte verloren werden und über die Bäderreien folgendes gesagt ist: „So gat das schmugligste aller deutschen Kaufmannsmitelgewerbe, die Bäderrei nämlich, hat durch die Einführungen von Teignetmaschinen Fortschritte gemacht, denn der Grundsatz, daß Nahrungsmittel so wenig als möglich mit den Händen berührt und dadurch infiziert werden dürfen, ist richtig; mit dem Schnupfe aber, welches bei uns die Bädergesellen am hellen Tage sogar in der Dessenlichkeit auf ihrem Leibe herumtragen und dabei die bedenklichsten Verunreinigungen in Bezug auf die Zustände in den Bäderreien rechtfertigen, gibt sich unsere Polizei alle Mühe aufzuräumen. Und diese leichten Verstrebungen können nicht am wenigsten auch der vom Preßefabrikanten gefertigten Waaren zu gute.“

Die Annungsteuthen wollen natürlich auf das unerhörte beleidigt sein und zetzen in allen Tonarten. Nun, die Preßefabrikanten haben ja Gelegenheit genau, sich in den Bäderreien einzusehen und werden wohl aus Erfahrung geschrieben haben. Für uns ist ja das Zwischenstück besonders wertvoll, haben wir doch mal von Unternehmenseite die Bestätigung unserer Klagen gelebt, nur sind wir der Ansicht, daß die Kontrolle in sanitärer Hinsicht noch bedeutend verschärft werden muß.

In Berchtesgaden, wo sich kürzlich die Kollegen dem Verbande angeschlossen haben, sind 6 Meister mit zusammen 15 Gehilfen. Die Löne sind folgende: Schiefer 8—9 M., Meister 7—8 M., Kleintuna oder Backstube 6 M. Arbeitzeit ist hier durchschnittlich im Winter 12 Stunden, denn die Berchtesgadener sind grobe Proletarier, 1 Liter Bier und für 20 Pf. Brot ist nichts seltenes. Im Sommer sind folgende Löne üblich: Schiefer 12 M., Meister 9 M., 1½ anderen durchgehend 6—7 M. Arbeitszeit 15 Stunden. Jetzt geben sich die Leute zufrieden, aber im Sommer geht die Ferienade los und leider weiß sich Reich und hat den nötigen Mut. Eine Meisterin ist bier, die will ihre Arbeiter absolut zum Kirchenbesuch am Sonntag zwingen, im Sommer, wenn sehr viel Arbeit ist, sagt sie aber nichts davon. Dann sind wieder einige Kollegen hier, die sind der Meinung, sie können ihr Leben auf ihren Posten bleiben, wenn sie nur die frommen Schäfchen spielen.

## Persammlungs-Berichte.

Bachum. Mitgliederversammlung vom 3. Februar. Nachdem Bartels über das „Bema“-Vollschulbildung, wie sie sein soll und wie sie ist“ einen leichten Vortrag gehalten, an welchen sich eine lebhafte Diskussion knüpft, erstaunte Kollege Hoffmann den Kartellbericht. Nachdem noch einige Vorträge als Delegierten Kandidat aufgestellt und bekannt gegeben waren, daß der Witzig Keller in der Marienstraße

sich bereit erklärt habe, die Reiseunterstützung aufzuzahlen, wurde die mäßig besuchte Versammlung geschlossen. Hagen. Die Versammlung vom 10. Februar war schwach besucht. Kollege Bartels hielt einen wissenschaftlichen Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligte sich Niemand. Da wir jetzt gegründet, Kollege Korpahn wurde zum Vorsitzenden, Fleisch zum Kassier, Müller zum Schriftführer und Weiß zum Revisor gewählt. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 24. dieses Monats statt.

Hannau. Am Dienstag den 29. Januar tagte hier im „Gasthaus zum Elefanten“ eine öffentliche Bäderversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Unsere allgemeine Lage; 2. Maßregelungsgesetz der Meister; 3. Diskussion. Zum 1. Punkt ertheilte der Vorsitzende dem Kollegen Schimmel aus Offenbach das Wort. Redner schiberte in kurzen Worten die Wichtigkeit unserer Organisation und ermahnte die anwesenden Kollegen, fest und treu zum Verbande zu halten. Ferner kam er auf die Verschlechterung des Minimal-Arbeitsstages zu sprechen. Er wies darauf hin, daß sich alle Kollegen dem Verbande anschließen müßten, auf daß, wenn uns die neue Bädervereordnung aufgezwungen werden soll, wir alle fest und geschlossen dastehen, um uns den zehnständigen Arbeitsstag zu klämpfen. Es entspann sich hierauf eine lebhafte Diskussion, an welcher sich die Kollegen Kolb und Seidel beteiligten. Unter Anderem hob der Kollege Seidel die Maßregelung, welches die höchste Strafe für einen Arbeiter ist, herbor und bedauerte, daß gerade hier in Hanau die meisten arbeitslosen Kollegen durch Maßregelung ihre Arbeit los werden. Die Versammlung, welche sehr gut verlief, wurde 1½ Uhr geschlossen. Anmerk. d. Schriftführers. Kollegen, wacht auf und erkennet Eure Lage! Wollt Ihr noch länger müßig gehen und mit ruhigem Blute zusieben, wie die kleine Schaar Kollegen hier um ihr Dasein kämpft, rüstet Euch zum Kampfe, denn bald werden wir zeigen müssen, was Einigkeit vermag. Gehet mit uns hand in Hand und zeigt, daß Eure Männer seid, welche ihr gutes Recht zu behaupten wissen.)

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung vom 6. Februar. Der Kassier Nöpel giebt den Kassenbericht (siehe Jahresabschluß). Dem Kassier wird auf Anhieb der Arbeitslosenunterstützung sind die Kollegen der Anstalt, daß dieselbe bei zentraler Einführung verfrüht und vorsätzlich abzulehnen ist. Zu verschiedenen Paragraphen des Statuts werden Änderungen beantragt, aber schließlich wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Rosenheim. Sonntag den 3. Februar fand hier die erste Generalversammlung statt, welche mittelmäßig besucht war. Kollege Kräz eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüßung und wurde sofort zur Tagesordnung übergegangen. Der Kassier gab den Rechnungsabschluß vom Monat Juni bis Februar bekannt. Da Kramm Einwendungen gegen den Kassenbericht hatte, ertheilte der Vorsitzende dem Kartellbericht das Wort und erststellt derselbe Bericht über zwei Sitzungen des Gewerkschaftskartells. Es entspann sich nun hierüber eine kleine Debatte. Sodann wurde zur Neuwahl des Ausschusses geschritten und ergab dieselbe folgendes Resultat: Josef Höpelsberger, Vorsitzender; Josef Rambold, Kassier; Heinrich Geigendorfer, Schriftführer; Martin Redwitz und Graf Brandstätter, Revisoren. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Leider war Kollege Kräz nicht mehr zu bewegen, da er sich in Bälde verehren wird, eine Wahl mehr anzunehmen. In der hierauf folgenden Diskussion kam nicht mehr viel Gemeinkenswertes vor und schloß der Vorsitzende die bestens verlaufene Generalsversammlung.

Stuttgart. Die am Donnerstag den 17. Februar im „Römischen König“ stattgefunden öffentliche Versammlung war schwach besucht. Als Referent erschien Landtagsabgeordneter Hilbenbrand; er referierte über die Nachtheile, die die deutschen Bäder erleiden bei der Umgestaltung des Maximalarbeitsstages in Minimalruhezeit. Redner forderte die Kollegen auf, energisch gegen eine solche Umgestaltung zu protestieren und erzielte etreichen Beifall. Als Kollege Kramm den Kartellbericht erstattet hatte, forderte er die jüngeren Kollegen auf, den Zugang nach Frankfurt fern zu halten.

Wismar. Eine öffentliche Bäderversammlung fand am 14. Februar auf Beantragung der Agitationskommission statt. Einbruch und geleitet wurde die derselbe vom Kartellvorsitzenden, Geistoffen Aholt. Referent war Lovag-Lübeck; derselbe sprach über das Thema „Unreine Lage“ und forderte am Schlusse seiner Ausführungen die Kollegen auf, sich dem Verbande anzuschließen. An der Debatte beteiligten sich von den anwesenden 15 Kollegen nur 2 sowie der Genossen Aholt in kräftiger Weise. Aus der Debatte ist bemerkenswert, daß ein Kollege von Sonnabend Abend 6 Uhr bis Sonntag Nachmittag 2 Uhr hat arbeiten müssen. Ob die entworfene Polizei davon Kenntnis genommen hat? Es dürften auch noch sonstige Missstände vorhanden sein. Aufnehmen ließen sich 6 Kollegen und richten wie an diesen die Mahnung, fest und treu zum Verbande zu halten. Der Anfang ist gemacht, auch die Durchsetzung zu uns heranzuziehen, um vereint euch in Wismar Euch eine bessere Lage zu eringen!

Bork 1. 2. In der Versammlung am 3. Februar, welche sehr schlecht besucht war, hielt Kollege Bretschneider einen längeren Vortrag über den nächsten Verbandstag und kam hauptsächlich auf die Wochenbeiträge und Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Es kam unter den Kollegen zu einer lebhaften Debatte wegen der zu hohen Beiträge, die später abgezahlt werden müßten, so daß es wohl noch mehr auf Anwand von Mitgliedern zurückzuhängen ist, da sich jetzt schon die meisten Kollegen wegen der zu hohen Beiträge scheuen, dem Verband beizutreten. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ebenfalls tüchtig durchgenommen, und wurden wir dann darüber einig, nicht für Zentral, sondern für Lokalunterstützung zu stimmen. Kollege Bretschneider wurde vorläufig als Delegierter zum nächsten Verbandstag vorgeschlagen. Kollege Euer machte den Vorschlag, bei Versammlungen nicht mehr Sonntags, sondern Donnerstags abzuhalten, was von allen Kollegen mit Freuden begrüßt wurde.

Halle a. S. Am 24. Januar tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Heymann über die Frage referierte: „Wollen die Halle'schen Kollegen ihre Lage verbessern, event. in eine Wohnbewegung einzutreten?“ Den sachlichen Ausführungen des Referenten wurde allgemeiner Beifall zu Theil. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, wonach die „Wohnbewegung“ anerkannt, daß nur durch stramme Organisation etwas zu erzielen sei und die dafür bestimmten Kollegen sich verpflichten, dem Verband beizutreten. Auch den Verbandskollegen stimmten dieser Resolution ein. Wann zu welche sich auch aufzunehmen ließen.

Bäckermeister Eissfeld referierte am 12. Februar in einer öffentlichen Versammlung über: "Ist die Organisation der Bäckergehilfen zum Nutzen oder Schaden des Bäckerhandwerks?" Allgemeine Zustimmung schaute den Redner. In der Diskussion wurde lebhafte Debatte laut, wegen Überreitung der Bundesratsverordnung. Bäckermeister Linge wurde besonders häufig angegriffen. Mit einem Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung schloss die Versammlung.

Blauer t. B. Sonntag, den 3. Februar, fand im Restaurant "Eiserherl" unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge entrichtet waren, gab Kästner bekannt, daß Vorrichtungen eines Kandidaten zu Verbandstage gemacht werden, daraufhin wurden ausleserischen Koch und Fleischer vorgeschlagen, worauf letzterer ablehnte. Ferner kam es zur Wahl eines Schriftführers, gewählt wurde Kollege Seidel. Nachdem erstattete Kästner Bericht vom Gewerkschafts-Kontrollenkollegen Fleischer machte bekannt, daß am 12. Februar eine öffentliche Bäckerversammlung im oben genannten Restaurant stattfindet, dazu Referent Kollege Dahl aus Leipzig. Ferner machte Kollege Erbäcker den Bericht verfammt.

Erding. Am 3. Februar hatten die Kollegen von Freising eine Fahrt nach Erding gemacht, um eine Befreiung mit den Erdinger Kollegen herbeizuführen. Die Erdinger Kollegen waren bis auf zwei im Gasthaus "Zum Pilz", wo sie die Kollegen von Freising erwarteten, beisammen. Kollege Kleinbmidt-Erding hielt eine längere Ansprache über den Nutzen und Zweck des Verbands, dies und erinnerte die Kollegen auch an den bevorstehenden Verbandstag, sowie auch an die Gehilfenbewegung in Frankfurt. Hierauf wurde die Befreiung mit einem dreijährigen Hoch auf den deutschen Bäckerverbund geschlossen. Die Kollegen Freisings blieben unter fröhlicher Stimmung bis Abends 6 Uhr unter den Kollegen Erdings, wo dann die unvermeidliche Abschafft vorgenommen werden mußte.

Essen a. B. Am 10. Februar fand eine Mitgliederversammlung statt; anwesend waren u. a. die Kollegen Bartels-Wattenscheid, Freiberger und Baderer-Borau. Nachdem Kollege Bartels sein Referat erstattet hatte, knüpfte sich daran eine lebhafte Debatte. Kollege Dötsch wollte mit seinen irrtigen Ansichten durchdringen, denn er hatte seine Kollegen, die mit ihm sympathisierten, überzeugt. Bei dem Punkt "Delegiertenwahl" wurde Kollege Dötsch zum Kandidaten nominiert. Da z. B. dem gegenwärtigen Vorstand sein Amt erschweren und wieder auf die Vorstandsstelle gelangen möchte, machte er mit seinem Vorschlag die Opposition. Der Vorsitzende, sowie Baderer, Freiberger und Bartels traten ihm entgegen, um die persönlichen Neidereien zu unterdrücken. Hierauf machte die Bemerkung, daß er mehr Anhänger habe, als der Vorsitzende, worauf ihm dieser sein schädliches Treiben vor Augen führte, wenn er dies weitertriebe, wurde es zum Ruin der Mitgliedschaft Essen führen. Die Mitglieder belehrten und belehrten, das soll unser Sorge sein, damit, wenn es späterhin wieder einen leitenden Posten einnehme, denselben besser aussüllen. Der Vorsitzende ordnete nun eine Revision der Verbandsbücher der anwesenden Kollegen an, was zu einem schönen Resultat führte. Aufgenommen wurden zwei Mitglieder.

Würzburg. Am Freitag, den 8. Februar tagte im Gasthaus "Zum Ochsen" eine von weit über 100 Kollegen besuchte Versammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. der Bericht der Arbeitszeitverkürzung in Bezug auf Arbeitslosigkeit; 2. die Abänderung des 12-täg. kündigen Maximalarbeitsstages und wie sollen wir uns dazu. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Hegemann aus Mainzheim das Wort, der den Kollegen mit klaren Begründungen vor Augen führte, daß die Bäckereien auch bald immer mehr zu Großbetrieben heranwachsen würden, so müßten die Kollegen den Gedanken fahren lassen und ihre Lage als Lohnarbeiter mehr in Betracht ziehen, da auch absehbar der Kapitalismus in den Bäckereien eindringen wird. Redner wies noch besonders darauf hin, daß gerade die lange Arbeitszeit enorm auf die geistige und körperliche Entwicklung des Menschen einwirkt. Sturmischer Beifall lohnte den Referenten für seinen interessanten Vortrag. Die Diskussion bereitete sich im Sinne des Referates. Wegen vorgeleisteter Zeit wurde der zweite Punkt vertagt. Hieraus begründet Kollege Leidig die Differenzen, die zwischen den Gründungsmitgliedern und den Genossenschaft der Meister ausgetragen sind. Hierauf erwiderte der Referent das Schriftwort, worin er sämtliche anwesenden Kollegen ermunterte, in den Verband einzutreten, welchem zwei Kollegen folge leisteten. Zudem wurde die in kürzerer Ordnung verlaufene Versammlung mit einem breisachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des deutschen Bäckerhandwerks geschlossen.

### Anträge

zu der am 8. April und folgende Tage in Meiningen (Turmhalle, Schützengartenstraße) stattfindenden 2. Generalversammlung des Verbands der Bäcker im Biergenossen Deutschland.

Anträge zu stellen ist jedes Mitglied berechtigt, doch müssen dieselben mit Kommissionserklärung versehen, wenn von Mitgliedschaften gekündigt, vom Vorstand unterzeichnet, die Reichen vor der Generalversammlung dem Vorsitzenden des Verbands zur Bekanntmachung im Fachorgan übertragen werden. Auch genügt es nicht, wenn Anträge in den Versammlungsberichten enthalten sind; dieselben können nicht beachtet werden.)

3. Antragsberechtigung. 1. Der monatliche Beitrag beträgt eine Mark, und wird durch Marken im Quartalsbuch quittiert. Der Quartalsbeitrag von 20 Pf. fällt weg.

2. Außergewöhnliche Beiträge dürfen nur in dringenden Fällen erhoben werden, dagegen ist der Verbandsvorstand verpflichtet, in Erwartung von Wohnbewegungen und dergleichen, Sammellistinen an sämtliche Mitgliedschaften zu verteilen. Der eingegangene Beitrag fällt voll in die Handkasse. (Anträge 1 und 2 bei einer Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung).

3. In Abetracht der sich mehrenden mechanischen Einrichtungen und der sich dadurch mehrenden Arbeitslosigkeit, sowie der verlorenen großen Arbeitsleistung in im Interesse der Gesundheit der Bäckerarbeiter. Die Organisation verpflichtet, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die zehntägige Arbeitszeit herbeizuführen.

4. Zusatzantrag zum Antrage des Verbandsverbands betreffend Brieße: Sollen Mitgliedschaften

verpflichtet werden, Quartalsberichte zur Veröffentlichung im Fachorgan bis spätestens den 15. des. auf das abgelaufene Quartal folgenden Monats, dem Verbandsvorstand einzulenden; dieselben müssen enthalten: den Mitgliederbestand, die Zahl der für die Organisation gewonnenen und die aus derselben ausgeschiedenen Mitglieder, die Höhe der an die Hauptstelle eingesandten Beiträge, getrennt für Beiträge und Beiträge, sowie der freiwilligen Spende, die Zahl der stattgefundenen Versammlungen (öffentliche und Mitgliederversammlungen getrennt), sowie wichtige die Allgemeinheit interessierende Ereignisse. Die Verpflichtung, an die Kultationskommissionen Monatsberichte einzusenden, fällt aus diesem Grunde weg.

5. Die Feststellung der Unlusten, sowie zwecks Mitgliederverträge der dichten Mitgliedschaften von jeder Branche.

6. Bäckerhandwerk Alst. Die Generalversammlung möge abhalten, doch den Mitgliedsbüchern eine parlamentarische Geschäftsordnung zur Verteilung von Versammlungen anpassen zu werden.

7. Mitgliedschaft Nürnberg. 1. Gründung eines Nahversorgungsmittel Industriearbeiterverbandes.

2. Dieser Antrag wird als 4. Punkt der Verhandlungen des Verbandstages eingehalten.

8. Stabbe-Düsseldorf. Der Bericht der Generalversammlung ist in Broschurenform herauszugeben und jedem Mitglied gratis zu verabsolgen.

9. Mitgliedschaft Lübeck. Der § 9 erhält folgende Fassung: Der wöchentliche Beitrag beträgt 10 Pf. und wird durch Marken im Mitgliedsbuch quittiert.

10. Die Mitglieder erhalten Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Umzugsgelder und Unterstützung bei Krankheitsfällen und zwar in der Gesamtsumme der nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft ihnen zustehenden Berechtigung.

11. Mitgliedschaft Würzburg. 1. Der Verbandstag sollte die Arbeitslosenunterstützung fallen lassen und dafür eine Krankenunterstützung einführen.

2. Der Verbandstag sollte beschließen, eine einheitliche Monatsmarke einzuführen und alle Extrabeiträge weglassen.

### Eingesandt.

An die Kollegen von Hagen und Umgegend. Kollegen! Die letzten Versammlungen geben wieder Anlaß zu Klagen über schlechten Besuch. Eine Laiheit ist hier unter den Kollegen, daß man meint, die gute Sache der Organisation würde hier bald wieder still liegen. Es sind doch hier am Platze wirklich noch sehr schlechte Verhältnisse unter den Bäckereien und möchte ich die Kollegen noch daran erinnern, was uns bevorsteht: die Verschlechterung des Maximallarbeitsstages. Ist es nicht genug, wenn man jeden Tag 12 Stunden schuftet und jetzt wollen die Herren Meister uns wieder 15 Stunden aufzwingen. Darum Kollegen, möchte ich Euch bitten, fleißig die Versammlungen zu besuchen und auch die Zeitungen fleißiger bei Ernenbutsch zu holen. J. A. Müller.

Die Verhältnisse der Brotfabriken in Elberfeld.

Um dem Wunsche des Herrn Bergmann vollständig nachzukommen, die Mißstände seines Betriebes zu veröffentlichen, übergeben wir dieselben teilweise der Öffentlichkeit, denn unter den angezeigten Schildderungen vermutet er wahrscheinlich solche nicht. Was die Überarbeit und das Logisieren an betrifft, ist ja bereits genügend in Nr. 5 unserer Fachblätter erläutert worden. Wir beschränken uns jetzt auf die Zubereitung des Brotes. Als großer Mißstand ist zu betrachten, daß das Mehl stets in ungesiebtem Zustand verpackt wird. Es liegt nicht etwa an den Bäckern, daß kein Mehl gesiebt wird, sondern es ist überhaupt keine Einrichtung dazu vorhanden. Die Wände der Bäckereien zeigen folgende Platze: "Das Auspuddeln ist streng verboten. Größte Sauberkeit wird gewünscht." Sieht man sich aber nach einem Spucknapf um, so ist das in dem Betrieb ein unbekannter Gegenstand. Es muß deshalb stets in die Stube gespuckt werden und der Teig, welcher auf die Erde fällt, wird auch verarbeitet. Herr Bergmann ist der Ansicht, daß die Bazillen des Auspuddels durch die Öffnung leben und fruchtbar gemacht werden und die Gesundheit des Menschen nicht geschadet. Die Bäckereien werden erst zum Ausleihen der Zuckäume, des Brotlagers usw. benutzt und sind dieselben nämlich abgestumpft, dann werden sie auf dem Tische zum Abziehen des Brotes gebraucht. Zum Abziehen des Heerdeimkneten stehen Stahl- und Strohgenbesen in Gebrauch genommen werden oder Brotkücher. Diese Schweineereien kommen nicht nur am Teig selbst vor, sondern auch an gebackener Ware. Im Verhältnis zum Betriebe ist das Brotlager zu klein bemessen, deshalb fährt das Brot teilweise auf der Erde herum, wo am Tage Leute usw. ein- und ausgehen. Da auch schwere Mißstände im Logisieren zu verzeichnen sind, Haustiere (Wanzen), so verlieren wir, ohne die Kürdigungsfeststätt einzuhalten, die goldene Arbeitsstelle, weil wir eine bessere Arbeit angeboten wurde. Trotzdem mit Anhängerstellten, von welchem er einen fest angenommen hat, der andere gar nicht erbeiten durfte, entzog er uns die Sache, indem er den betreffenden Arbeitnehmer vorwarf, er wäre mit der befehlten Auflösung nicht zufrieden und würde ihn, falls er die 14 Tage haftbar machen, Schließe diese Schildderung noch nicht genügen, so sind wir bestrebt, noch verschiedene derartige Zustände aus Tagesicht zu erkennen. Wie wir erfahren haben, sind in den letzten Tagen Kündigungserklärungen geschafft worden, wahrscheinlich, um die Sache zu verlutschen. Es handelt sich in diesem Falle nicht um einen Besitzer, welcher aus Geldrücksichten Besitzungen unterlassen müßte, sondern um einen, welcher die Gesundheit der Menschen aufs Spiel setzt, um seinen Geschäftszwecken zu dienen usw. Sehr bedauernswert ist es, daß soziale Fälle wie im 20. Jahrhundert vorkommen. Das sind nicht einzelne Fälle, wie sich die Herren im Reichstag ausdrückten, sondern es kommen nur einzelne Fälle zur Anwendung, welche noch in keinem geregelten Betrieb vorkommen, welche gibt es in Deutschland sehr wenige. Ich kann, daß die Zubereitung von Brot auch ohne Schweineereien vor sich gehen kann. Wir haben Herrn Bergmann schon wiederholt auf die Mißstände aufmerksam gemacht oder machen lassen, er hat sich aber nicht bewegen lassen, Aenderungen vorzunehmen, so lange wie dort beschäftigt waren. Beim Verlassen unserer Arbeitsstelle möchten wir den Besitzer nochmals aufmerksam machen, daß es nicht zulässig ist, die Arbeit bis auf 17 Stunden zu verlängern, worauf er uns erklärt, vollständig in seinem Recht zu sein, da er die Erlaubnis von der Polizeiverwaltung dazu erhalten habe. Dann braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn alle Anzeigen resultlos verließen. J. A. Müller.

### Anzeigen.

Achtung!

## Lübeck.

Sonntag, 3. März. Nachmittags 3 Uhr.

### Mitgliederversammlung

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung: 1. Unter Verbandstag und Anträge zu demselben. 2. Wahl eines Delegierten.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Wegen Erbschaftsregulierung

wird der Bäckergehilfe Georg Gröschel, geboren zu Lübeck (Bezirkssamt Bremen) eracht, sofort seine Adresse an Unterzeichneten einzulenden, desgleichen werden alle Mitglieder, welche dessen Aufenthalt kennen, um diesbez. Mitteilung ersucht.

J. Döder, Nürnberg,  
Eberhardstrasse 19.

### Rosenheim (Bayern).

## Restaurant Frühlingsgarten

Herberge, Verbands- u. Landeskostal der Bäder. Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag. Besitzer: Josef Höw.

## Stuttgart.

### Gasthaus zum "Goldenen Löwen"

Am Marktplatz.

### Verehrliche Bäckergehilfen!

Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Freundlichem Besuch steht entgegen

Christoph Häusser,  
Am neuen Rathaus, Eichstraße 5.  
NB. Bäckerzeitung liegt auf.

### München.

## Café Mikado.

Ecke Einlas, Rumford- und Müllerstrasse.

Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuoster Hauptversammlung der Bäcker Münchens.

### Bäcker-Einkaufsquellen.

Winterüberzieher, Havelok und Joppen werden wegen vorgerückter Saison zum Selbstkostenpreis abgegeben.

J. H. Bloch, München,  
Brunnstrasse 3/0, Eckladen.

### Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Mitgl.-Berl. Mittwoch 6. März, Nachm. 4½ Uhr, bei Echoß, Gr. Freiheit 58-60.

Berlin. Dörf. Berl. Dienstag, 12. März, im "Gewerkschaftshause", Engeluser 15.

Berlin. Mitgl.-Berl. Dienstag, 5. März, im "Gewerkschaftshause", Engeluser 15. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen).

Bachum. Mitgl.-Berl. Sonntag 3. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Förster, Moltkeplatz.

Düsseldorf. Mitgl.-Berl. Sonntag, 24. Februar, Worm.

11 Uhr, bei Marx, Ratingerstr. 30.

Dortmund. Mitgl.-Berl. Sonntag 10. März, bei Mühlhausen, 1. Kampfstr. 73.

Hagen i. W. Dörf. Berl. Sonntag, 24. Februar, im bekannten Lokal.

Hamburg. (9. Bezirk Barmbek). Dörf. Berl. Mittwoch, 27. Februar, Nachm. 4½ Uhr, in der "Säulenhalde", Humboldtstraße 7.

Hamburg (Großbäcker). Mitgl.-Berl. Sonnabend, den 2. März, Abends 7 Uhr, bei Hammeyer, Beuthausmarkt.

Iphoe. Dörf. Berl. Mittwoch, 6. März, Nachm. 4 Uhr, bei Wietchorst, Sandberg.

Lüneburg. Extra-Mitgl.-Berl. Sonntag, 3. März, Nachm. 3½ Uhr, bei F. Bött, bei der Nikolaikirche 2.

Lübeck. Mitgl.-Berl. Sonntag, 3. März, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Neustadt a. d. O. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 28. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Gasthaus "Zur fröhlichen Bäckerei".

Planenicher Grund bei Dresden. Dörf. Berl. Sonntag, 24. Februar, Nachm. 3 Uhr, im "Deutschen Hause", Botschoppe.

Pirmasens. Mitgl.-Berl. Donnerstag, 27. Februar, im Gasthaus "Zur Traube", Schönstraße.

Rosenheim. Mitgl.-Berl. Sonntag, 24. Februar, im Gasthaus "Frühlingsgarten".

Stettin. Mitgl.-Berl. Sonntag, 3. März, Nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 7.

St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Berl. Sonntag, 2. März, Nachm. 4 Uhr, im "Kaisersaal", Hafenstr. 9.

St. abburg. Dörf. Berl. Freitag, 1. März, Nachm. 3 Uhr, im Saale "Zur Sonne", Eingang Helenengasse.

Für die Redaktion verantwortlich: O. Ullmann, Hamburg.

Gr. Mennmark 28. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg.

Druck von Mr. Meyer, Hamburg-Gilbert, Friedenstr. 4.

# Beilage zu Nr. 8 der „Deutschen Bäder-Zeitung“ vom 23. Februar 1901.

## Zum nächsten Verbandstage.

### Zur Arbeitslosenunterstützung

haben sich jetzt neun Kollegen geäußert; sechs dafür und drei dagegen. Zu bedauern ist dabei, daß dieselben sich meistens von ihren örtlichen Verhältnissen leiten lassen. Diese Kleinstadt ist von grossem Interesse, da hierdurch der Klare Will für die Aussicht auf das Gesamtreultat für die Allgemeinheit geträumt und beeinträchtigt wird. Unsere Verbandstage dürfen nicht zum Tummelplatz für solche Angelegenheiten herab sinken, sondern die Delegierten müssen vor allen Dingen das Interesse des Gesamtverbandes im Auge behalten, dann wird auch immer das Beste herausgefunden und der Organisation zu nutze gemacht werden.

Der Kollege Althoff-Vilneburg führt bei seiner Befürwortung der Arbeitslosenunterstützung die Verbände der Mater und Buchdrucker an; dazu muß bemerkt werden, daß die Mater keine Arbeitslosen, sondern nur Krankenunterstützung bezahlen; die Buchdrucker haben einen Wochenbeitrag von 1.10 Mk., dazu Bau- und Vorstädtebeiträge im Betrage bis zu 1 Mk. Bei Organisationen, die die Unterstützung schon länger eingeführt haben, wird man immer geeigneteres Material zusammentragen können als bei jenen, die die Neuerung erst eingeführt und wosich aus dem ganzen Finanzgebaren noch keine sicheren Schlüsse ziehen lassen. Um recht wertvolles und beweiskräftiges Material zu erhalten, müssten für einzelne Gewerkschaften Berechnungen über das Prozentverhältnis der Zahl der Organisierten vor und nach Einführung der Unterstützungen, über die Steigerung der Mitgliederzahl nach der Einführung usw. ange stellt werden. Dem Unterstützungswege im Großen und Ganzen müssen wir bedeutend mehr Aufmerksamkeit widmen, aus ganz einfachen, talischen Gründen. Die Organisation muß den Mitgliedern in jeder Weise, in jeder Lebenslage, helfend zur Seite stehen, sie muß sich zu einem ganz gewöhnlichen Faktor im menschlichen Leben heranbilden, dann wird auch das einzelne Individuum immer mehr von der Idee der Organisation durchdrungen und mit ihr verwachsen und die Steuern, die es zu leisten hat, werden ihm nicht zu hoch sein.

Werfen wir nun einen Blick auf die Gewerkschaften mit ausgedehnten Unterstützungsweisen, so finden wir, daß dieselben prozentual bedeutend besser organisiert sind und durchschnittlich höhere Kassenbestände aufweisen, als diejenigen ohne Arbeitslosenunterstützung usw. Über der Kassenbestand einer Korporation ist das Barometer ihrer Leistungsfähigkeit. Steht dasselbe niedrig, sind die Gegner bei jeder Gelegenheit bereit, den Vernichtungsschlag auszuführen, den Krieg zu erklären; steht es hoch, ist also ein großer Kassenbestand vorhanden, überlegen es sich die Feinde sehr, ja hundertmal, ehe sie zum Angriff übergehen. Der große Geldbeutel gibt also auch in gewisser Hinsicht die Bedingungen für die Garantie zur Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens. Und das uns die Friedenszeiten zur weiteren Kräftigung und inneren Ausgestaltung außerordentlich notwendig sind, wird keiner bestreiten wollen. Also haben wir die heilige Pflicht, unsere Mitglieder von der Notwendigkeit der Steuererhöhung zu überzeugen. Da kommen wir aber mit einem Beitrag von 30 Pfg. pro Woche nicht aus und wir müssen uns darauf einrichten, mindestens 35 Pfg., vielleicht 40 Pfg. pro Woche zu zahlen, können also mit der vom Kollegen Herpich 91 vorgeschlagenen monatlichen Extrasteuer von 25 Pfg. auf keinen Fall auskommen. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung ist aber auch dem Empfunden entspringen: allen Mitgliedern gerecht zu werden, also vom demokratischen Standpunkte, was den jungen, reisenden Kollegen geboten wird, muss auch den älteren, an einen Ort gebundenen zu Theil werden. Sehr richtig charakterisiert Rassing-Breslau die Phrasen der Gegner der Arbeitslosenunterstützung betreffs des Schlagwortes Unterstützungsverein-Gewerkschaftsorganisation. Über von einer Umänderung der Monats- in Wochenbeiträge will er nichts wissen, ihm däucht, daß die Kollegen ihre Beiträge auch nicht besser und pünktlicher bezahlen werden als jetzt. Ich behaupte das Gegenteil; allein schon das Interesse der Mitglieder, bei event. eintretender Arbeitslosigkeit nicht mit den Beiträgen im Rückstand zu sein, um der Unruhe nicht verlustig zu gehen, wird sie zu pünktlicher Zahlung anhalten. Weiter ist er der Meinung, daß den Gewerkschaften bei 5 Pfg. die am Orte verbleiben, das Leben sauer gemacht werde. Auch hier bin ich gegenwärtiger Meinung, nämlich jetzt verbleibt den Zählstellen zu viel, d. h. in sochen Orten, wo die Organisation wenig oder gar keine Ausgaben für Agitation zu machen hat, während wieder keine Gewerkschaften in großen Städten wie Bremen, Hannover sozusagen zu wenig haben.

Ach bin deshalb der Ansicht, daß 5 Pfg. pro Woche für die Gewerkschaften genügen, der Hauptvorstand hat in Fällen wie z. B. Breslau außerordentliche Zusätze zu gewähren, er muß aber auch das Recht haben, Mitgliedschaften, welche im Besitz hoher Kassenbestände sind und sie voraussichtlich in nächster Zeit nicht gebrauchen, zu veranlassen, dieselben der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen, wie es in verschiedenen Verbänden gang und gäbe ist.

Nun will ich mich zu den Gegnern wenden. Da führt Kollege Kahl an, daß uns zunächst der Arbeitsnachweis, der noch ganz in den Händen der Innungmeister sei, ein fast unüberwindliches Hindernis biete, auch sei die Kontrolle schwierig. Dem muß entgegen gehalten werden, daß die Münchener Kollegen bei ihrer lokalen Unterstützungsstelle betreffs Kontrolle bis jetzt ganz gut abgeschnitten haben, trotzdem sie den Arbeitsnachweis nicht in ihren Händen haben. Die Schwierigkeiten, welche sich ihnen entgegenstellen, waren gering und und alle überwunden. Weiter kommt in Betracht, daß in vielen Städten die Zusammenziehung der Gewerkschaften in ihren Händen liegt. Dieselben haben ein Recht, die Kontrolle über den Innungsnachweis auszuüben und werden das auch thun. Ferner sind doch die Mitglieder, welche die Kontrolle ausüben haben, auch über die örtlichen Verhältnisse betreffend Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt unterrichtet und werden demgemäß die geeigneten Maßnahmen zu treffen wissen. Also auch mit der Kontrolle werden wir wohl so abschneiden, wie es zum Gedeihen und Nutzen der Sache nötig ist.

Die großen Zahlen im ersten Jahre und hinterher der Dallets, wie sich der Kollege K. das ausmalt, machen mich keineswegs so bange, im Gegenteil, wir werden, wenn die Auszahlung beginnt und auch nach dem ersten Jahre der Auszahlung nicht mehr mit der chronischen Kostenleere zu rechnen haben, sondern neben einer stabilen Mitgliederzahl werden wir auch einen stabileren Kassenbestand präsentieren können.

Die Anregung vom Kollegen B. in Dresden, daß die Beiträge nicht hoch genug seien, um ein derartiges „Experiment“ zu machen, steht auch auf recht schwachen Füßen und im Widerspruch mit seinen eigenen Ausführungen, später einmal die Unterstüzung bei geringem Beitrag einzuführen. Dann haben wir auch nicht mit einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent, sondern höchstens von 5 Prozent zu rechnen.

Der Kollege Lang Strasburg i. E. befürchtet, daß wir uns unlautere Elemente auf den Hals laden; die haben wir jederzeit gehabt und werden sie auch in Zukunft haben, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl. Mit diesen Kreaturen sind wir bis jetzt fertig geworden und auch in Zukunft werden wir in unschten Statuten und Reglements eine Handhabe besitzen, die eben abzuschüttern.

N.B.

In der Diskussion über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung möchte ich folgende Fragen mit ansetzen: 1. Wie können wir die Arbeitslosigkeit kontrollieren? 2. Wied der Beitrag von 30 Pfg. pro Woche und Mitglied ausreichen für die notwendigen zwei Beamten, ferner für die Arbeitslosenunterstützung, Rechtschutz und Agitation, sowie die in Aussicht stehenden Lohnbewegungen? E. B. Cottbus.

Da bisher nur wenige Kollegen sich über die sehr reichhaltige, aber lieb eingreifende Tagessordnung des nächsten Verbandstages geäußert haben, so werde ich mit meiner Ansicht nicht zurückhalte. Ich sage beim dritten Punkt an. Da wird vor allen Dingen den Zählstellen zur Pflicht und die Erfüllung dieser durch die Thatsache davon abhängig gemacht werden müssen, in einer Lohnbewegung einzutreten, nun voraussichtlich genügende Geldmittel vorhanden sind. Nun zum vierten Punkt. Dieser dürfte entweder einen ganzen Tag oder zwei Stunden in Anspruch nehmen. Dazu haben auch mehrere Kollegen sich geäußert, auch der Hauptvorstand. Die Ansicht des Kollegen W. Kahl entspricht auch der meinigen. Und wenn mehrere Kollegen als Vorbild andere Gewerkschaften anführen, speziell die Metallarbeiter, so vergessen sie aber, daß die genannte Organisation mit einem zehnmal höheren Mitgliederbestand und demzufolge auch besseren Kassenbestand operieren kann wie wir. Das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber dürfte in diesem Berufe nur noch zu den Seltenheiten gehören. Und auch da finde ich, daß wie in Nr. 6 der „M.-A.-B.“ aus Kahl berichtet wird, die Zählstellen trotz der Arbeitslosenunterstützung zurück gegangen ist.

Der Konditorenverband kommt für mich als Kampforganisation hier nicht in Betracht. Obiges mögen auch die Kollegen ins Auge fassen, die sich mit artifiziellem Geschwindigkeit über jegliche Bedenken hinwegsehen. Für mich sind folgende Bedenken vorhanden: Es mangelt vollständig an einer Unterlage über Statistik über den Umsatz der Arbeitslosigkeit in unserem Berufe. Die von 1893 kann nicht mehr als Maßstab gelten. Werfen wir einen Blick auf unseren Kassenbestand, an welchen noch große Anforderungen gestellt werden, so erscheint diese Neuinführung jetzt noch als ein „Sprung ins Dunkle“. Ganz entschieden bestreite ich aber, daß bisher „eine gewerkschaftliche Tändelei“ stattgefunden habe, wie der Kollege K. es hinzustellen beliebt. Auch wir dürfen doch die stattgefundenen Kämpfe nicht souß verirrt gegangen sein. Die dahin gehenden Anteile des Hauptvorstandes könnte ich wohl unterstützen, wenn oben geäußerte Bedenken gefallen sind und § 10 Abs. 9 eine Änderung erfährt. Wir können doch unmöglich die beauftragten Kollegen, welche bei ihrer Arbeitslosigkeit Konkurrenzfälle in der Familie oder selbst Krank werden, vollständig die Unterstüzung entziehen, da durch daß oft lange Krankengeld die verherrachten Kollegen empfindlich getroffen werden.

Das Eintrittsgeld zu erhöhen, davor möchte ich warnen, denn bei den indifferenten Kollegen ist fast immer die erste Frage: „Was kostet der Eintritt?“ Eine Beitragserhöhung ist auf alle Fälle erforderlich, ob wir da nun einen wöchentlichen Beitrag von 30 Pfg. oder bei dem jetzigen Beitrag eine Erhöhung der Extrasteuer von 20 Pfg. pro Monat und des regelmäßigen Beitrags von 30 Pfg. pro Monat ein Eintrittsbeitrag zahlen, das kommt auf eins heraus. Wir müssen auch bedenken, daß die Lohnbewegungen und Streiks große Summen Geldes erfordern; die notwendige Anstellung eines zweiten Beamten ebenfalls Geld, beides ist dringend nötig. Also lassen wir etwas tiefer in die Tasche. Wo da noch der Kollege Herpich die „höheren Gesichtspunkte“ finden will, ist mir bis jetzt noch ein Rätsel; er will es uns ja noch verraten. Es kämpft sich sehr schön für unsere Ideale, jedoch müssen dieselben öfters von der realen Wirklichkeit leiden, welche gestellt werden. Soll also ernsthaft die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden, so möchte ich folgendes als Richtschnur empfehlen: Neben die technischen Einrichtungen der Arbeitslosenunterstützung hat unter Belehrung derselben eine Urabstimmung stattzufinden und gilt nur Dreiviertel der Majorität als angenommen, alle Mitglieder sollen sich daran beteiligen können. Auch wird es sich empfehlen, den Delegierten Instruktion mitzugeben, wie sie sich zur Arbeitslosenunterstützung zu stellen haben, damit ihnen nicht wieder der Vorwurf gemacht werden kann, daß sie dem Willen der Mitglieder entgegengestellt haben. Besser ist es aber noch, wenn wir auch dieses Mal noch die Arbeitslosenunterstützung zwar nicht tuhen, aber zurückstellen, damit wir 1893 mit einem besseren Kassenbestand und daher um so leichter diese nützliche Einrichtung treffen können. Zum fünften Punkt bin ich mit dem vom Hauptvorstand angebrachten einverstanden. Die unter Punkt 7 beantragte Teilung der Gaue begrüße ich mit Freuden. Beim achten Punkt wird sich eine scharfe Resolution an den Bundesrat wegen der Verbesserungsruhe notwendig machen. Die Wahlen habe ich bereits oben schon berührt und ist dabei in Betracht zu ziehen, daß wir moralisch verpflichtet sind als Arbeitgeber, unseren Arbeitern ein Salär zu gewähren, welches ihrer Arbeit entspricht. Das Gehalt des Vorstandes muß erhöht werden und müssen wir beiden Beamten zu ihnen gelegener Zeit einen Urlaub von 8 Tagen gewähren. Für die Delegierten gibt es also Arbeit genug, mögen sie

dieselbe zur Zufriedenheit aller Kollegen und zum Vortheil unseres Verbandes erledigen.

E. L. C.

Bei der Generalversammlung am 8. April wird in Mainz die Arbeitslosenunterstützung verhandelt werden. Nach den Berichten in unserer Zeitung wird dies jedenfalls der vielumstrittenste Punkt werden. Auch ich fühle mich gezwungen, meine Meinung darin zu äußern. Ich finde die Arbeitslosenunterstützung für zweckmäßig und gut. Zweckmäßig finde ich sie, weil eben durch die Unterstützung die Hauptaufgaben des Verbandes, die geistigen und materiellen Interessen zu fördern mehr in unsere Nähe gebracht werden, denn dadurch schließt sich jeder ältere, erfahrene Kollege, der einen stabilen Posten hat, leichter dem Verband an, so daß wir durch diese Maßregel eine Anzahl einfacherer Kollegen gewinnen werden, dort, wo man es am wenigsten vermutet hatte. Gut finde ich sie, weil nicht mehr jeder Kollege, der gezwungen ist, in der weiten Welt sein Brot zu suchen, auf die üblichen Bettelpennige angewiesen sein wird, welche ihm die Polizei und den Schuhzugen auf den Hals hetzen. Ich habe während meiner letzten Reise selbst zugesehen, mit welch armeloser Miene nicht unterstützungsberechtigte Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaftshäusern der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung der verschiedenen Berufe zugesehen haben.

Nun komme ich auf den Hauptpunkt: die Einführung derselben. Dass sie ohne Erhöhung der Beiträge nicht einzuführt werden kann, ist selbstverständlich, daß die größten Städte mit großer Mitgliedschaft in dieser Beziehung mehr Erfolg aufweisen werden, finde ich auch leicht verständlich. Anders ist es in unseren kleinen Gebirgsorten, wo wir durch intensive Agitation unsere Mitgliedschaft aufrecht erhalten können, dann wir haben vor mit dem katholisch-klerikalen Innungstrotz einen schweren Kampf zu kämpfen. Hier sehen es die Mitglieder schon als große Sorge an, wenn sie dem Verbande zugehören und glauben, sie bringen Gott weiß welches Opfer, wenn sie allmonatlich 80 Pfg. bezahlen. Durch Einführung dieser Norm würde der Beitrag wenigstens auf 1.20 Mk. erhöht werden müssen. In den großen Städten lassen sich solche Beiträge viel leichter bezahlen, weil die Kollegen von dort über mehr Baarlosa verfügen, als in unseren Gebirgsorten. Dann kann eine ganze Mitgliedschaft mit ihrem armen Verwaltungskörper die erwartende Arbeit leichter bewältigen. Die Kontrolle wäre in unseren Gebirgsorten leicht zu handhaben. Nur daß wir erwähnen, daß wir in unseren Gebirgsorten einen gewollten Kampf auszufechten haben werden, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird. Doch ich verzweifle noch nicht, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß das schenkar Unbedröhbarkeit trotzdem zur allgemeinen Befriedigung durchgeführt worden ist. Nur möchte ich unseren norddeutschen Delegirten ans Herz legen, auch auf unsere Gebirgsorte zu achten, denn die Verhältnisse zwischen Nord und Süd sind so eminent verschieden, sobald sie nur der befreiten kann, der diese Gegend einmal bereist hat. Einen Delegierten dorthis zu entsenden wird wegen unserer Minorität schwer geben. Ich lege daher den Delegirten, hauptsächlich denen von München ans Herz, die Interessen Alter, selbst der kleinsten Mitgliedschaft zu wahren.

Johann Lehner - Berchtesgaden.  
Karl Eigner - Bad Reichenhall.

### Bericht über die Agitationstour durch den S. Gau.

Im Auftrage der Agitationskommission des S. Gaus unternahm ich eine Agitationstour durch Württemberg und Bayern, welche am 8. Januar mit einer gut besuchten Versammlung in Heilbronn eröffnet wurde. Es hatten sich zu dieser Versammlung auch die Führer der Jungen eingefunden, von denen besonders Herr Schurr versucht, meine Aufführungen durch die sattlam belasteten Gründe abzuschwärzen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Meister aber bewiesen, daß die Misstände in den Heilbronner Bäckereien nichts zu wünschen übrig lassen, daß es sogar dort noch Löhne von sage und schreibe 2 Mark gibt und da sollen die Schülern dem Herrn Schurr glauben, daß sie noch alle einmal Meister werden könnten! Unter Aufzem erzählten noch ein Kollege den Meistern, daß er zu Hause in seiner „Schlaftube“ eine Eisenbahn hätte, indem das Wasser, welches durch das beschädigte Dach in den Raum läuft, dort gesammelt wird. Nachdem sich noch fünf Kollegen dem Verbande aufgetlossen hatten, wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

In Schw. Gmünd sollte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung tagen. Da aber die dortigen Kollegen einen Tag vorher Ball gehabt hatten, verloren dieselben keine Versammlung ein.

In Stuttgart konnte ich am Donnerstag, den 10. Januar vor einer gut besuchten Versammlung sprechen. Die Stimmung der Versammlung war eine gute zu nennen und konnte man allenfalls einen mäßlichen Aufschwung der Bewegung am Platz bemerken. Es schlossen sich auch in dieser Versammlung 24 Kollegen dem Verbande an.

Zu Esslingen hatten sich zahlreiche Kollegen eingefunden und nahmen auch die Versammlung einen bestreitenden Verlauf. Erfreulich ist dort, daß die älteren, in der Konsumbäckerei arbeitenden Kollegen sämtlich organisiert sind und sich alle Mühe geben, um auch die gleichaltrigen Kollegen noch heranzuziehen. Es schlossen sich auch hier wieder Kollegen dem Verbande an.

In Ulm waren dem Rufe, zur Versammlung zu kommen, ganze drei Mann gefolgt und lies sich auch von diesen nach kurzer Ansprache leider zum Beitritt zum Verband bewegen.

Die nächste Versammlung fand am Dienstag, den 15. Januar in Rottenheim statt. Die Versammlung war groß und ausschließlich von organisierten Kollegen besucht, nahm dieselbe einen bestreitenden Verlauf.

In Freiburg hatten sich sämtliche organisierten Kollegen zur Versammlung eingefunden. Die Kollegen von G. d. d. waren nicht erschienen, jedenfalls wegen der herrschenden Kälte und wegen des langen Weges (circa 3 Stunden). Nach Schluß des Referates lies sich ein Kollege in den Verband aufnehmen.

In Kempten, wo noch keine Spur von Organisation unter den Bäckern vorhanden war, hatten sich eine größere Anzahl von Kollegen eingefunden. Zur Leitung der Versammlung hatte sich der Kartellvorsitzende eingesetzt. Da die Versammlung um 6 Uhr noch etwas schwach besucht war, so wurde nach Eröffnung derselben von mir beantragt, die selbe auf eine halbe Stunde zu vertagen. Der überwachende Beamte wollte dies nicht gestatten und fühlte sich veranlasst,

uns eine kleine Rede zu halten, indem er die Zwecklosigkeit der Verlogung wie überhaupt der ganzen Versammlung betonte. Nachdem ich dem Herrn in einer scharfen Zurückweisung das Unzulässige seiner Handlungsweise vor Augen führte, fügte er sich endlich in die Vertagung. Nach bisfällig aufgenommenem Referat erklärten sofort 12 Kollegen ihren Eintritt in den Verband und versprachen, dahin zu wirken, die junge Mitgliedschaft zu kräftigen.

In Lindau, wo Jenfalls noch kein Anfang sation vorhanden war, sollte die Versammlung einen recht eigenartigen Verlauf nehmen und das kam folgendermaßen. Der Kollege, der mit der Agitationskommission in Verbindung stand, halte die ihm von der Kommission über sandten Einladungszeitel an die Kollegen vertheilt, aber ver gessen, die Versammlung anzumelden. Ein anderer Kollege (Altgeselle) fühlte sich veranlaßt, jedenfalls weil man ihn nicht erst gefragt hatte, ob er mit der Versammlung ein verstanden sei, mit seinem Einladungszeitel zur Polizei zu laufen und zu fragen, ob die Versammlung angemeldet wäre. Nach dieser Heldenthat kam er in die Versammlung und wartete der Dinge, die da kommen mußten. Und sie kamen. Noch ehe die Versammlung eröffnet war erschien ein bestimtes Haupt in der Thür und erklärte die Versammlung für aufgehoben. Als es nachher ausgeträgt wurde, wer diesen Befehl begangen hatte, bemächtigte sich der Kollegen eine begreifliche Aufregung über die schofe Handlungweise eines Kollegen. Nach zwanglosem Privatgespräch erklärten doch acht Kollegen ihren Beitritt zum Verband. So hatte der Kollege doch nicht erreicht, was er mit seinem Befehl er reichen wollte. Man sollte annehmen, daß gerade er, da er doch schon mal als vertrauter Bädermeister Gelegenheit hatte, die Unsicherheit der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen, etwas weniger schwierig von Begriffen sein sollte.

Am auf folgenden Sonntag Nachmittag hatten sich

Am darauffolgenden Sonntag Vormittag hatten wir mit Ausnahme von zwei, sämmtliche Verbandsloslegen von Starnberg versammelt. Aufnahmen konnten, da die Loslegen sämmtlich organisiert sind, nicht gemacht werden.

Die Versammlung in Augsburg am Nachmittag des selben Tages war schwach besucht. Nach dem Referat wurden vom Vorsitzenden, Kollegen Auer, verschiedene Bäderereien nachhaft gemacht, in denen in Bezug auf sanitäre Einrichtungen vieles zu wünschen war. Der überwachende Beamte nahm davon Notiz. Es ließen sich drei Kollegen in den Betrieb aufnehmen.

Von hier aus ging es wieder nach dem Süden, wo wir am Montag die Kollegen von Reichenhall zahlreich versammelt hatten, aber auch die Kollegen von Berchtesgaden und sogar von Salzburg — in Österreich — waren bis zu 8 bez. 10 Mann erschienen. Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf und nachdem ich noch nach dieser oder jene Richtung hin verschiedene Verwaltungsfragen erläutert hatte, schlossen sich noch 2 Kollegen der Mitgliedschaft an. Nachdem noch die deutschen Kollegen ein Hoch auf unsere österreichischen Brüder ausgetragen hatten, reisten die von außenwärts erschienenen Kollegen wieder ab.

In Traunstein, wo noch keine Mitgliedschaft unseres Verbandes existierte, waren die Kollegen ziemlich alle zur Versammlung erschienen. Man verfolgte mit spannendem Interesse meine Ausführungen und ließte auch zum Schlusse den Beweis, daß man das eben Gehörte auch begriffen hatte; 15 Kollegen schlossen sich der Organisation an und so wurde auch hier eine neue Zählstelle errichtet.

Am Mittwoch versammelten sich die Bäder-Bündnisse im großen Saale des „Kreuzbräu“. Es waren ausschließlich organisierte Kollegen, die sich eingefunden hatten. Man sollte meinen, daß auch die nichtorganisierten Kollegen nach den letzten Ereignissen begriffen hätten, wo eigentlich ihr Heil liegt, aber es scheint dies noch nicht der Fall zu sein. Auch hier gilt es eiserstüchtig darüber zu wachen, daß uns die Ertüngenschaften der letzten Jahre nicht wieder entrinnen werden, wie wir es jetzt in Frankfurt a. M. sehen. Läßt Euch nicht täuschen durch die augenblickliche Ruhe! Nach der Aufnahme von vier neuen Mitgliedern wurde die interessant verlaufene Versammlung geschlossen.

In Straubing sollte am Donnerstag Versammlung sein. Als ich hinzam erfuhr ich von einigen Kollegen, daß sie nichts davon wußten. Nachdem ich nach Langerer hin- und herlaufen die führenden Kollegen aufgesucht hatte, erfuhr ich auch, warum die Versammlung nicht abberichtet war. Die junge Mitgliedschaft hatte minimale Forderungen eingereicht (Auszahlung von Abendbrotgeld und Baugeldzulage). Weil nun die Meister acht Tage später auf das Gejisch antworten wollten, so hatte man sich entschlossen, die Versammlung nicht abzuhalten, jedenfalls aus Furcht, die Meister damit zu erzürnen, und weil man glaubte, sie würden dann nicht bewilligen. Die Kollegen dachten, wenn sie 30 Pf. für Abendbrot ausbezahlt bekommen, dann sei ihnen nichts mehr zur irbischen Glückseligkeit und sie bräuchten dann keinen Verbund mehr. Kollegen von Straubing, was legt Euch diesen Schritt wohl, gerade Ihr habt in Eurer Stadt am allerersten Urssatz, Euch menschenwürdige Zustände zu eringen. Deshalb halte noch wie vor alle Menschen zum Verbund.

In Regensburg hatten sich die Kollegen anfangs nur mäßig eingefunden; nach und nach kam wohl noch Diezel und Zener, aber in Anbetracht der wichtigen Frage, die behandelt werden sollte, wäre ein besserer Besuch zu wünschen gewesen. Gerade in den Städten, wo es den Kollegen gelungen ist durch die Organisation Vorrechte zu erringen, müssen die Kollegen immer durch städtischen Verhandlungsbesuch zeigen, daß sie machtvoll sind.

In Laadéhui, wo ich in Folge des herrschenden Unwesens mit einiger Zugverzögerung eintraf und auch nicht gleich die Versammlungslstätte finden konnte, hatten sich schon einige von den jüngeren Kollegen entfernt, denn es war ja Sonntag — Die noch anwesenden Kollegen, welche schon dem Verdacht angehörten, folgten meinen Ausführungen mit sichtlicher Interesse.

Am Montag Abend gegen 5 Uhr langte ich hierzu in Ingolstadt an. Auf der Straße begegneten mir auf höchstensmäig kurzer Strecke 5 bis 6 Lehrlinge unseres Werkes. Mir fiel dies um so mehr auf, weil die Zeit so weit vorgeschritten war. Daß Lüderlehrlinge noch mittags um 5 Uhr mit dem Korb auf der Schulter auf Straße herumlaufen, kann nur nach zwei Richtungen erklärt werden, die alle beide gleich verwerflich und begehrbar für die heutigen Verhältnisse sind. Entweder werden jungen Burschen in unverantwortlicher, unmenschlicher Weise ausgebettet, indem sie von Rechts 12 Uhr bis zum andern Tag Nachmittags 5 oder 6 Uhr, also jeden Tag 17 bis 18 Stunden, beschäftigt werden, wenn man diese aller Weisheit hohn stellende Arbeitzeit noch Geschäftlichkeit nennen kann, oder die betreffenden Burschen fangen erst gegen 5 oder 6 Uhr mit ihrer Thätigkeit an und werden

hatten sich auch außer einer kleinen Versammlung und ich bekam schon einen kleinen Vortrag von dem, was mit am anderen Tage bevorstehen sollte. Anderen Tags hatten sich auch circa 13 Meister unter Führung des Herrn Baumann, ehemaliger Bäckemeister, sehr Privatier, und eine größere Anzahl von Kollegen eingefunden. Man ertheilte mir das Wort und ich konnte zuerst annehmen, daß die größte Anzahl der Kollegen mit gespannter Aufmerksamkeit meinen Ausführungen folgte. Kleine Ausführungen hinterließen einen derartigen Eindruck auf die Versammlten, daß die Führer des Gesellenberufs beißende aus der Kette gefallen wüteten. Man sah es ihnen an, daß die saar Worte, die sie nachher stammelten, gegen ihre Meilemigkeiten waren. Nun meldete sich der Privatier Baumann zum Sprecher und spielte den Arbeitersfreund, der sein Leben für seine Arbeiter hingiebt. Er gab selbst an, daß er ehemaligen Bäckerei länger als 12 Stunden arbeitete; das lag aber natürlich an die Gesellen. Sein Nachfolger beschäftigt heute noch trotz Bundesratsbescheidung seine vier Gesellen täglich 16 bis 18 Stunden. Gedenklich bringt er es auch bald zum Rentier und kann dann auch in "Arbeitersfreundschaft" machen. Als ich auf die oben angeführte Lehrlingsausbeuterei zu sprechen kam, sollte nach Ansicht des Herrn Baumann die Handwerkskammer Abhilfe schaffen. Nachdem ich noch verschiedene durch die Beschäftigungen des Herrn Baumann zurückgewiesen und seine "Arbeitersfreundschaft" in das richtige Licht gestellt hatte, konnte er sich nicht mehr anders retten und so brachte er ein Hoch auf die Gesellen aus, in das dann auch kräftig mit eingeklatscht wurde. Hoffentlich lernen auch die Kollegen von Ingolstadt bald erkennen, daß durch die schönen Worte des Herrn Baumann ihre Lage nicht verbessert wird, sondern daß sie sich selbst aufraffen müssen und durch einiges Vorsetzen die Mißstände, wie sie noch in unserem Berufe und besonders in Ingolstadt bestehen, beseitigen.

In Nürnberg, wo Zags darauf Versammlung war, hatten sich die Kollegen in größerer Zahl eingefunden. Nach dem Referat wurde besonders über den „Rothschrei“ der Nürnberger Bäckermeister“ debattiert. Die unsinnigen Behauptungen in diesem Rothschrei erfuhren eine scharfe Kritik. Sonderlich tief das Bestreben der Meister, die Nürnberger Bäckertuben als „Luftlufort“ hinzustellen, allgemeine Heiterkeit hervor. Hier ließen sich weitere vier Kollegen in den Verband aufnehmen.

Auch in Erlangen, wo die Kollegen ziemlich alle erschienen waren, gelang es den vereinten Anstrengungen des Kollegen Herpich und meinerseits, nicht, die Anwesenden aus ihrer Lethargie zu reißen. Die Kollegen waren fast sämtlich der Meinung, daß ihre Lage nicht beseitenswerth sei. Sie ließen sich aber durch die Worte ihrer Vereinsvorstandsmitglieder beeinflussen, und sanken so in die vererbliche Trübseligkeit und Unentschlossenheit wieder zurück.

In Bamberg sollte am Sonnabend eine Versammlung tagen. Als ich dort ankam erfuhr ich, daß dieselbe zu Sonntag einberufen war. Da ich aber bestimmt am Sonntag in Bayreuth erwartet wurde, so telegraphirte ich an Herbig in Nürnberg zwecks Abhaltung des Referates.

In Bayreuth, wo ich nun anderen Tags anlam, war die Versammlung mittelmäig besucht. Die Schuld daran trug wohl der Sonntag und dann die Lichtmessfeier, so eine Art Jahrmarktsrummel. Troghem war der Geist, der unter den anwesenden Kollegen herrschte, ein guter zu nennen. Die Versammlung verließ in anregender Weise, nachdem noch einerseits nach dem Referat die neue Handhabung der Wahlen zum Verbandstage erläutert wurde.

In Hof, wo ich am Dienstag Nachmittag vor den dortigen Kollegen sprach, konnte man so recht wahrnehmen, in welch erschrecklichem Maße das gesunde Denk- und Vergriffssvermögen einiger Kollegen gelitten hatte. Nach meiner Referat sollte ich die Wahrnehmung machen, daß meine Ausführungen doch nicht ganz spurlos an der Mehrzahl der Kollegen vorübergegangen waren. Es waren nur einige Kollegen, die durch unsinnige Bemerkungen und haarschäubenden Stoff Blödfinn ihre geistige Verwirrung dokumentirten und durch brutales, gewaltsames Auftreten das zu ersehen suchten, was ihnen an sachlicher Erwägung abging. Trotzdem schließlich die Versammlung in einen allgemeinen tumult ausartete, liegen sich doch einige Kollegen nicht irren lassen, und es traten fünf Kollegen dem Verbande bei. Eine größere Anzahl nahm sich die Aufnahmescheine mit um, wie sie sagten, sich die Sache zu überlegen. Sodiel steht fest, daß die nächste Versammlung ein anderes Resultat zeitigt, nur muß man sich von vornherein der Ruhesetzer befreien und sie hinausweisen.

Als ich nun am Mittwoch gegen Abend in Schweinfurt anlangte, traf ich eine ganze Anzahl von Kollegen in der tigen Betriebskolonie an. Als ich nach langerem freundschaftlichen Gespräch mit meiner Freude, am nächsten Tage eine Versammlung abzuhalten, heraustrückte, wurde sofort von einigen Kollegen, jedenfalls den Führern, brauchen im Hof ein Komplott verabredet, dessen Wirkung ich am Donnerstag erst merkte, denn die Versammlung war nur von 8 bis 10 Kollegen besucht. Nach langerer Ansprache ließen sich von diesen noch zwei Kollegen in den Verband aufnehmen u.

Im Gegensatz zu den beiden letzten Städten gestaltete sich die Versammlung in Würzburg recht interessant und die Sammlungen, die zur Zeit der Bewegung stattgefunden haben, konnten einen Vergleich mit dieser Versammlung auszuhalten. Das Referat fand eine begeisterte Aufnahme und war diese Versammlung gleichsam ein Erdschädigung für mich die mich leicht über die Widertümlichkeiten hinwegföhrt und zugleich der Zeit ein würdiger und erhebender Schluß der ganzen Tour, denn die geplante Versammlung in Würzburg sollte nicht mehr stattfinden. Nach Schluß der schon verlaufenen Versammlung ließen sich noch 12 neue Kämpfer für unsere gerechte Sache anwerben.

In Aschaffenburg, wo die Versammlung, wie schon verzeichneten anderen Städten, von mir selbst erst einberufen werden mußte, wandte ich mich zuerst an den Wirth des Bäderverkehrslokals. Dieser sagte mir, daß das Lokal nicht zu einer Versammlung hergebracht werden müßte, erst den Vorstand des Kriegervereins fragte er überdies wußte er doch, daß kein Mensch kommt, und so lohnete es sich nicht erst, einzuhören. Den Ratselspruch konnte ich auch nicht finden, denn der war verzeichnet. Abends erst von der Arbeit und so war ich zweimal noch nicht in der Lage, ein Lokal aufzutreiben und die Versammlung bekannt zu machen. Etliche Kollegen, ich traf und mit ihnen über die Verhältnisse sprach, sagten mir, daß ziemlich alle im katholischen Gesellenverein wären, wo der Herr Präsiot immer hinnäme. Unter allen diesen Umständen war es mir unmöglich, für unsere Sache etwas zu thun.

Im Großen und Ganzen kann man auch von der Tour, abgesehen von einigen nordamerikanischen Städten, sagen, daß der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation bedeutet, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse herzustellen, immer mehr an Boden unter den Füßen gespielt.

gewinnt. Hassen und wünschen wir, daß die 108 Roslagen, die sich im Verlaufe dieser Tour dem deutschen Bäderverbande angeschlossen haben unerschütterlich mit uns um die Erringung des größten Ziels kämpfen, daß da heißt: „Der Arbeit Brot, der Arbeit Leben!“

H. Hagemann.

Den Rossigen, die sich meiner auf dieser Tour in freundschaftlicher Weise angenommen haben, nochmals meinen besten Dank.  
D. O.

## Eingesandt.

Wie man einen Arbeiter, der file die Rechte seiner Kollegen eintritt, schnell loszuwerden versucht, zeigt uns wiederum ein Beispiel aus einer Wollfabrik in Elberfeld und zwar ist es wieder die Firma Dender, von der schon mehrere Male in unserem Fachblatt, sowie auch in der "Freien Presse" das Verhalten derselben ihren Arbeitern gegenüber genügend angeheizt wurde. Aber das die Firma einen Arbeiter ohne Grund vom Backmeister kündigen lässt, ohne daß er sich etwas hat zu Schulden kommen lassen, ist doch ein bisschen unehörig. Denn als ich den Backmeister zur Rede stellte bei meiner Entlassung, ob er auf die Directive des Herrn Dender oder aus eigener Initiative gehandelt habe, verweigerte er mir die Antwort. Als ich nach dem Grund meiner Entlassung fragte, erklärte mir der Backmeister, daß er gegen mich nichts habe, daß es ihm sogar leid thue, daß er mir kündigen müsse und daß er mir nur ein gutes Zeugniß geben kann, wenn ich ein solches haben wolle, entgegen dem Zeugniß, daß mir von der Firma ausgestellt würde, daß ich meine Dienstgelegenheiten zur Zufriedenheit der Firma ausgeführt und mich außerdem gut geführt habe. Und trotzdem ist meine Entlassung erfolgt, "ordnungsgemäß" wie mir bemerkte wurde. Doch nun zur Sache. Herr Dender hatte nach sich wieder einmal die Lichenezürdigkeit gehabt, jeden Arbeiter mit 50 Pf. vom Lohn

Liebenswürdigkeit gehabt, jeden arbeiteten als Strafe abzuziehen und zwar dafür: Als die Arbeiter nach achtstündiger, ununterbrochener Arbeit sich die Erlaubnis nahmen, sich zur Ruhe zu sehn, schließen sie dabei ein, dazu kam gerade Herr D. Die Heile davon war die 50 Pfa. Strafe, doch wurde keinem Arbeiter etwas davon gesagt. Als die Lohnzahlung erfolgte, zog man uns einfach die 50 Pfa. ab, was wir uns nicht gefallen ließen und die Annahme des Lohnes verweigerten. Da erklärte uns der Comptoirschreiber,

Herr D. sei auf 3 Tage verreist. Böse Jungen behaupten, daß bei jeder solchen Angelegenheit Herr D. auf Reisen ahe. Und man beruhigte sich, bis Herr Dender wieder heimgelebt war. Hierauf wurde ich und noch ein Kollege beauftragt, bei Herrn D. vorstellig zu werden. Bei dem Gespräch, das sich nun entwickelte, bezeichnete mich schon Herr Dender als

sich nun entwickelte, bezeichnete mir auch Herr Dender einer von denjenigen, der die anderen zu Aufreihungen gegen die Firma veranlasse, was ich energisch zurückweisen müste. Ich bin stets derjenige gewesen, der die anderen zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt hat. Um dem Gedächtniß des Herrn Dender etwas behilflich zu sein, will ich nur Herrn D. an den ersten Konflikt erinnern, den wir mit ihm gehabt haben und ihn et uns in einer kombinierten Sitzung bedr

haben und wo er uns in einer vorsichtigen Sitzung seine  
und Antwort stehen mügte. Da bin ich derjenige gewesen,  
der meine Kollegen vor einer großen Unbesonnenheit gewarnt  
und die Firma vor großem Schaden bewahrt hat, indem ich  
beide Theile auf den Weg der Vermittelung wies, welche  
auch zu Stande gekommen ist, von der aber sehr wenig in  
die Öffentlichkeit gedrungen ist. Nachdem der zweite Kon-  
flikt zu Ungunsten des Herrn D. beendet wurde, indem er

flitt zu Ungunsten des Herrn D. beendet wurde, indem es sich gezwungen sah, jebem die 50 Pf. Strafe zurückzuzahlen und auch Lohnaufbesserungen vorzunehmen, ist dieses jedenfalls die Veranlassung gewesen, mit durch den Badmeister kündigen zu lassen. Herr D. macht aber seine Rechnung niets ohne die Arbeiterschaft, welche gerade die meisten Konsumenten seiner Fabrikate sind. Wie wäre es, wenn diese Arbeiterschaft es vorziehen würden Konsumenten einer anderen

beiter es vorziehen würden, Konkurrenten einer anderen Fabrik zu werden? Wenige... den organisierten Arbeitern möchte ich zu bedenken geben, ob sie sich nicht selbst einen Schlag ins Gesicht versehen, wenn sie ihren Brotdurst weiter von Herrn D. decken, der einen Arbeiter deshalb entlädt, weil er für die Interessen seiner Kollegen eintritt. Ein Dorn im Auge bin ich Herrn D. schon immer gewesen, weil ich Nessirer der hiesiaen Zahlstelle des Verbandes bin, deshalb auch seine Antipathie gegen mich. Zum Schluss möchte ich Herrn D. empfehlen, einmal seine Siebmaschine reparieren zu lassen, denn so lange ich bei genanntem Herrn arbeitete, ist dieselbe sehr wenig in Thätigkeit gewesen. Außerdem war mit dieser Maschine zusammenhängt, kann ich selber als Zeuge beeidigen, wenn es Herr D. haben will. Ebenfalls möchte ich Herrn D. auf die Wadtücher aufmerksam machen welche einen bösen Geruch verbreiten und nicht gerade in sauberem Zustande sind, welche nach Mittheilungen von Kollegen, welche länger dagewesen sind als ich, schon sehr lange keine Wäsche gesezen haben.

Kollegen von Essen und Umgegend!

Ueberall sind unsere Kollegen an der Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, dies ist jedoch in Essen nicht der Fall. Es haben sich infolge unklarer Ansichten im Vorstande verschiedene Mißstände eingeschlichen und dieses hatte auch bei den Mitgliedern manch irriate Anschauung erweckt. Nicht das wir unsere Kraft in persönlichen Gehässigkeiten vergeuden, nein, wir haben größere und höhere Bestimmungen in der Arbeit, unsere fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen, aber nicht das persönliche Interesse zu pflegen, wie es die Anhänger des früheren Vorstandes glauben. Wir sind von Hamburg als selbstthätige Zahlstelle errichtet und müssen mit unseren Kollegen Hand in Hand arbeiten. Allein, wie ein Kollege in der letzten Versammlung glaubte, nut für uns sorgen zu müssen, das ist ein großer Fehler. Es ist bedauerlich, dass sich die Kollegen, die im Vorstande sind, nicht mehr wissenschaftliche Wecke

die im Vorstande sind, nicht liegt wissenschaftliche Werte  
zur Hand nehmen, um ihr Wissen zu vergrößern und auch  
richtige Schlüsse sich vor Augen führen können. In der  
Organisation fühlen sich viele Kollegen zu schwach und  
ängstlich, eine leitende Stelle einzunehmen, daß ist eben der  
primitive Beurteil, den die meisten Kollegen vom Verbande  
haben. Es stehen hier auch Lethargie mit Willkommenheit,  
die sympathischen Erscheinungen im Wäldergerwerbe, im  
Verdiergrunde. Zudem hat sich bei den Kollegen eine  
Kummerei eingebürgert, die geradezu verachtungswert ist.  
Ich habe nämlich die Erfahrung gemacht, daß verschiedene  
Kollegen zwar fleißig in den Versammlungen sind, aber  
ihre Monatsbeiträge nicht bezahlen. Ich glaube, wenn man  
in Arbeit ist, könnte man die paar Pfennige wohl bezahlen  
und je mehr die Beiträge aussummen, desto schwerer fällt  
das Bezahlen und der Schluß ist: wieder in den alten  
Stumpfzen zurückfallen und dem Verbande Valet sagem